

Onlinepublikation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Viola Neu

Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009

Wahlanalyse

Berlin, Juni 2009

Ansprechpartner: Dr. Viola Neu
Hauptabteilung Politik und Beratung
Kordinatorin Wahl- und Parteienforschung
Telefon: 030 26996-3506
Telefax: 030 26996-3551
E-Mail: viola.neu@kas.de

Dr. Michael Borchard
Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung
Telefon: 030 26996-3550
Telefax: 030-26996-3561
E-Mail: michael.borchard@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

1. Analyse der Europawahl – langfristige Trends¹

Bei den Europawahlen gibt es zwei herausstechende langfristige Trends: Die sinkenden Wahlbeteiligungen und die Stilisierung der Europawahl zur nationalen Test- Zusatz- oder Nebenwahl. Seit der ersten europäischen Wahl gibt es den Trend zu niedrigen Wahlbeteiligungen. Dies ist kein deutsches Phänomen, sondern ein in allen europäischen Ländern sichtbares. Auch in den Ländern, die 2004 zum ersten Mal an einer Europawahl teilnahmen, war die Wahlbeteiligung niedrig. Bereits 1979 war sichtbar, dass, auch wenn die Wahlbeteiligung mit 65,7 Prozent vergleichsweise hoch war, die Wahlbeteiligung niedriger liegt als bei den nationalen Hauptwahlen². Zudem verlieren Regierungsparteien eher Stimmen, während Oppositionsparteien hinzugewinnen können und kleinere (Protest)Parteien verhältnismäßig gut abschneiden. So zogen bspw. die Republikaner 1989 mit 7,1 Prozent der Stimmen in das Europäische Parlament ein. Die PDS kam 1999 und 2004 bundesweit auf über fünf Prozent und konnte ebenfalls in das Parlament einziehen. Alle sogenannten „sonstigen“ Parteien, also die kleineren Parteien, die auf Bundes- oder Landesebene nicht relevant sind, erhalten zusammengerechnet regelmäßig etwa 10 Prozent der Stimmen (2004: 9,8 Prozent). Im europaweiten Vergleich gibt es eine weitere Besonderheit: Europakritischen Parteien kann es gelingen, Wähler zu mobilisieren. „In einigen Ländern wie Dänemark kann man sogar von einem europawahlspezifischen Parteiensystem sprechen, denn regelmäßig ziehen die EU-kritischen Parteien nur ins EP, nicht aber in das Folketing (nationales Parlament) ein.“³

Die niedrige Wahlbeteiligung hat mehrere Ursachen. Die Europawahl hat in der Wahrnehmung der Menschen eine untergeordnete Bedeutung. In der Wichtigkeits-Hierarchie von Wahlen steht die Bundestagswahl immer mit großem Abstand an erster Stelle, gefolgt von den Landtagswahlen. Kommunal- und Europawahlen liegen weit abgeschlagen dahinter. So hat sich schon nach der ersten Europawahl 1979 in

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.

² Zum Vergleich: die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1976 betrug 90,7 Prozent und bei der Bundestagswahl 1980 88,6 Prozent.

³ Andreas M. Wüst, 30 Jahre Europawahlen, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/23-24/Beilage/001.html>

der Forschung der Begriff „Second-Order-Election“⁴ etabliert. Andere⁵ sprechen sogar von einer „Fourth-Order-Election“, da das Interesse an Kommunalwahlen größer ist als an der Europawahl.

Empirisch lässt sich belegen, dass die Menschen glauben, dass es bei Europawahlen um weniger geht, da keine Regierung gewählt wird. Daher ist das Interesse an Europawahlen immer sehr schwach ausgeprägt. Auch bei der Europawahl 2009 befindet sich das Interesse an der Wahl deutlich unter dem Wert von Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen.

Wie viele Studien bestätigen, die sich mit der Wahlbeteiligung bei den Europawahlen beschäftigen, spielen europafeindliche⁶ Motive keine Rolle, was als eine gute Nachricht bewertet wird: „Wachsende Nichtwähler-Anteile bei Europawahlen lassen sich nicht auf eine zunehmende Entfremdung vom politischen System der EU oder allgemeiner europafeindlicher Motive zurückführen. Sie scheinen eher daher zu rühren, dass diejenigen, die sich in Vergangenheit regelmäßig an Wahlen beteiligt haben [...] in immer größerer Anzahl zu Hause bleiben [...]“⁷ Schmitt und van der Eijk sprechen in diesem Zusammenhang von einem „Mangel an politischer Aufregung“, welcher ursächlich mit der empfundenen „politischen Folgenlosigkeit“⁸ zusammenhänge, welche die Hauptursache für die niedrigen Wahlbeteiligungen sei.

In einer Studie über die Europawahl von 1999 bestätigt sich die These, dass nationale Nichtwahlmotive und europapolitische Nichtwahlmotive sehr unterschiedlich ausfallen. „Die große Nichtwählerschaft bei Europawahlen besteht zum überwiegenden Teil aus allgemein oder speziell an EU-Politik nicht

⁴ Vgl. Karlheinz Reif/Hermann Schmitt, Nine national second-order elections: A systematic framework for the analysis of European election results, in: European Journal of Political Research, 8 (1980), S. 3 - 44.

⁵ Sandra Wagner, Nichtwählertypen bei Europawahlen und Bundestagswahlen, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen 2003, S. 303

⁶ Vgl. Hermann Schmitt/Cees van der Eijk, Motive der Nichtwahl, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen 2003, S. 300

⁷ Hermann Schmitt/Cees van der Eijk, Motive der Nichtwahl, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen 2003, S. 301

⁸ Hermann Schmitt/Cees van der Eijk, Motive der Nichtwahl, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen 2003, S. 301

interessierten Bürgern“.⁹ An Bundestagswahlen nehmen auch diejenigen teil, die ansonsten an Politik wenig interessiert sind.

Die vermeintlich geringe Bedeutung des Europäischen Parlaments ist darauf zurückzuführen, dass es den Bürgern im europäischen Mehrebenensystem nicht leicht fällt zu sehen, dass das Parlament stetig an Kompetenzen hinzugewonnen hat. Das Fehlen des Wechselspiels von Regierung und Opposition führt auch dazu, dass eine Personalisierung der Politik schwer möglich ist. In einer Umfrage von Forsa¹⁰ waren die Spitzenkandidaten der Parteien weitgehend unbekannt. Das Fehlen des Wechselspiels von Regierung und Opposition macht es aber auch den Medien¹¹ schwer, die europäische Ebene „medientauglich“ zu vermarkten. „Dazu“-Journalismus im Sinne der Darstellung von Antagonisten lässt das politische Institutionengefüge nicht zu.

Auch das geringe Interesse der Bürger an der Europawahl kann in diesem Kontext interpretiert werden. In einer Vielzahl von Studien wurde nachgewiesen, dass die meisten Medien das Thema Europa weitgehend marginalisieren. „Entsprechend dürfte die geringe Aufmerksamkeit und Apathie, mit der die Bürger die Europäische Union allgemein und auch die Europawahlen bislang verfolgt haben, nicht zuletzt auf eine entsprechend unbefriedigende Berichterstattung zurückzuführen sein.“¹² Bei den Europawahlen 2004 und 1999 bezogen sich etwa 2 Prozent aller Beiträge auf die Europawahl.¹³

Da koalitionstaktische Überlegungen keine Rolle spielen und es folgenlos ist, wenn man seiner sonst präferierten Partei einen „Denkzettel“ verpasst, kommen

⁹ Sandra Wagner, Nichtwählertypen bei Europawahlen und Bundestagswahlen, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen 2003, S. 327 f.

¹⁰ Wahl mit Unbekannten, in: Stern, vom 4. Juni 2009, Quelle: Forsa, 1.000 Befragte vom 27. und 28. Mai 2009

¹¹ Frank Brettschneider/Markus Rettich, Europa (k)ein Thema für die Medien, in: Jens Tenscher (Hrsg.), Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden 2005, S.136 ff.

¹² Jens Tenscher, Wahl-Kampf um Europa. Eine Einführung, in: Jens Tenscher (Hrsg.), Wahl-Kampf um Europa., Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden 2005, S. 11

¹³ http://www.cap.lmu.de/download/2009/2009_Jugendpartizipation_Tenscher.pdf, bezogen auf 5 Print- und 7 TV-Medien.

Wahlmotive ins Spiel, die bei Bundestagswahlen eine untergeordnete Bedeutung haben. Somit kann man auch von der „Ventilfunktion“ von Europawahlen sprechen.

Für die Wahlbeteiligung gibt es jedoch noch ein weiteres Kriterium, das auf deren Höhe Einfluss hat: Der Zeitpunkt der Wahl. Hierzu gibt es die Theorie des Wahlzykluseffekts. Der Theorie folgend würden die Verluste der Regierungsparteien mitten in der Legislaturperiode am stärksten ausfallen. Die Wahlbeteiligung würde dann auch am niedrigsten ausfallen. Je näher der Wahltermin an einer Hauptwahl liegt, müssten die Ergebnisse der nationalen Stimmung eher entsprechen und kleinere Protestparteien daher auch geringere Chancen haben. Zudem wäre nach der Theorie auch ein positiver Einfluss auf die Wahlbeteiligung zu erwarten. Dies war 1994 der Fall, als im Oktober die Bundestagswahl auf die Europawahl (Juni) folgte. Im Vergleich zur Europawahl konnten Union, SPD und FDP bei der Bundestagswahl mehr Stimmen mobilisieren, während die Grünen und die „Sonstigen“ deutlich und die PDS leicht verloren.

Wenn Europawahl und Kommunalwahlen gleichzeitig stattfinden, hat dies einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung. Im Durchschnitt fällt die Wahlbeteiligung in diesen Ländern höher aus. Allerdings schützt dies nicht vor einem deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung in diesen Ländern. 2004 zeigte sich, dass in den Ländern in denen eine „Doppelwahl“¹⁴ stattfand, die Wahlbeteiligung stärker zurückging als in den Ländern, in denen nur über das Europäische Parlament abgestimmt wurde.

Aber auch die Kampagnen sind in allen europäischen Staaten bei Europawahlen verhältnismäßig gebremst und im Unterschied zu nationalen Wahlkämpfen unauffälliger. In Deutschland waren die Budgets der Parteien für den Europawahlkampf 2004 niedriger als die Budgets für den Bundestagswahlkampf 2002.¹⁵ Dieser Effekt wird in Deutschland noch durch die Kommunalwahlen verstärkt. Dort wo auch Kommunalwahlen stattfinden, rückt die Europakampagne stark in den Hintergrund und die kommunale dominiert.

¹⁴ In Baden-Württemberg fanden 2004 zum ersten Mal Kommunal- und Europawahl am gleichen Tag statt, daher kann kein Vergleich zu 1999 gezogen werden.

¹⁵ Jens Tenscher, Mit halber Kraft voraus!, Jens Tenscher (Hrsg.), Wahl-Kampf um Europa., Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden 2005, S. 39 ff.

Ein weiterer über alle Länder sichtbarer Trend ist die Neigung der Wähler aus der Europawahl eine nationale Zusatz- bzw. Protestwahl zu machen. Da die Bürger die Wahl zu einer nationalen Stimmungswahl umdeuten, ist es schwierig, die Wahlergebnisse als Stimmungstest für die Europäische Union zu stilisieren. Interpretationen, die aus den Wahlergebnissen ein sinkendes Vertrauen gegenüber den europäischen Institutionen oder dem Vereinigungsprozess herauslesen, gehen ins Leere. Erinnert sei nur an die irische Volksabstimmung zum Lissabon-Vertrag, die genutzt wurde, um massive Kritik an der nationalen Regierung zu äußern. Aber auch bei der letzten Europawahl erhielten die nationalen Regierungsparteien in 20 Ländern einen „Denkzettel“ verpasst, wie Jens Tenscher¹⁶ schreibt: „Wer regiert, verliert“.

Daher eignen sich weder Wahlbeteiligung noch Wahlausgang als Indikator für die politische Unterstützung der EU. Genauso wenig kann man von Europawahlen als echten Testlauf für Bundestagswahlen sprechen, gleichwohl lassen sich Trends erkennen.

2. Wesentliche Bestimmungsfaktoren des Wahlergebnisses

Europawahlen folgen immer eigenen Regeln, wodurch es schwer ist, sie mit nationalen Wahlen zu vergleichen. Wie bereits oben dargestellt, gilt es als sicherer Befund, dass Regierungsparteien verlieren und Oppositionsparteien zulegen. Dies erfolgt generell bei niedriger Wahlbeteiligung. Innenpolitische Wahlmotive bestimmen die Agenda und europapolitische Themen genießen einen geringeren Stellenwert. Da die Entscheidung bei der Europawahl als eher folgenlos eingestuft wird, haben es Regierungsparteien immer schwer. Diese Trends lassen sich auch bei dieser Europawahl erkennen. Daher sind Vergleiche von Europawahlen und Bundestagswahlen mit Vorsicht zu interpretieren. Dies liegt daran, dass bei Bundestagswahlen auch Wähler zur Abstimmung gehen, die sich nur gering für Politik interessieren, während bei Europawahlen desinteressierte Wähler dazu neigen, nicht zu wählen.

¹⁶ Jens Tenscher, Wahl-Kampf um Europa. Eine Einführung, in: Jens Tenscher (Hrsg.), Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden 2005,

Insgesamt ergibt sich, wie auch bei den Landtagswahlen in Hessen 2009 sowie den Landtagswahlen in Niedersachsen 2008 und Bayern 2008 ein Trend bürgerlicher Mehrheiten. Zwar ist das Meinungsklima derzeit noch stark im Fluss und bleibt bis zum letzten Tag unberechenbar, doch hat das bürgerliche Lager mit 48,9 Prozent bei dieser Wahl einen erheblichen Vorsprung vor einer potentiellen Koalition aus SPD/Grünen und den Linken, die auf insgesamt 40,4 Prozent kommen.

Mit der Landtagswahl in Hessen, den langfristigen Umfragedaten und der Europawahl könnte ein Muster erkennbar sein, das auch für die Bundestagswahl wirksam werden könnte. Die SPD hat ihre Krise längst nicht überwunden. Welche Ursachen dies hat, bleibt spekulativ. Sichtbar ist auf jeden Fall, dass die Diskussion um eine rot-rot-grüne Machtoptionen in Hessen die SPD Glaubwürdigkeit gekostet hat. Zudem kann sie bei politischen Kompetenzen nur noch bei „sozialen“ Fragen punkten. Sie wird zwar als die Partei wahrgenommen, die sich um die Interessen der Arbeitnehmer kümmert, doch hat sie bei den Erwerbstätigen unterdurchschnittlich abgeschnitten. Gegenüber der Wirtschaftskrisenstrategie der SPD zeigen sich in Umfragen immer mehr ablehnende Haltungen. Auch hat sie als Regierungspartei (wie auch 2005 bei der Bundestagswahl) einen Oppositionswahlkampf mit starkem „negative campaigning“ geführt. Bekannterweise bergen solche Kampagnen auch das Risiko der Gegenmobilisierung in sich. Ob solche Effekte tatsächlich eingetreten sind, muss jedoch zum jetzigen Zeitpunkt spekulativ bleiben.

Wie schon mehrfach bei den letzten Wahlen zu beobachten war, klaffen zwischen den tatsächlich erzielten Ergebnissen und den Vorwählerhebungen erhebliche Lücken. Hat dies bei der Bundestagswahl 2005 vor allem die Union betroffen, ist bei der Europawahl die SPD die Partei, die wesentlich schlechter abschneidet, als in Umfragen zu vermuten war. Bei der Forschungsgruppe wurde die SPD auf 25 Prozent projiziert, bei Infratest dimap auf 26 Prozent. Bis zum heutigen Tag stochert die Wahlforschung im Nebel, warum seit einiger Zeit solche starken Diskrepanzen vorliegen. Die gängigen Erklärungsmuster, dass sich Wähler erst in „letzter Sekunde“ entscheiden, es einen „last-minute-swing“ zugunsten des vermeintlichen Gewinners gibt, die Wahl als gelaufen angesehen wird und daher viele Wähler zu Hause bleiben

usw. erfassen die tatsächlich zu Grunde liegenden Motive jedoch recht unpräzise, was leider mit repräsentativen Meinungsumfragen kaum behoben werden kann. Bei der Europawahl war allerdings sichtbar, dass nur eine Minderheit der Wähler (34 Prozent) bereits vor der Europawahl eine feste Wahlabsicht hatte und eine absolute Mehrheit von 66 Prozent sich weder eindeutig für eine Partei noch für die Wahlbeteiligung aussprechen konnte.

Die **Union** geht mit 37,9 Prozent als eindeutig stärkste Partei aus der Europawahl hervor. Davon erhält die CDU 30,7 Prozent und die CSU 7,2 Prozent. Allerdings hat sie gegenüber der Vorwahl Stimmen verloren. Insgesamt verlieren die Unionsparteien 6,7 Prozentpunkte. Die Unionsparteien werden in der EVP-Fraktion 42 Abgeordnete stellen, dies sind 7 Mandate weniger als bei der Vorwahl. Die Verluste der Unionsparteien fallen jedoch im Vergleich zu den Regierungsparteien in anderen europäischen Ländern eher moderat aus. Dabei ist die Union sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern stärkste Partei geworden. In den alten Ländern mit 39,9 Prozent und in den neuen Ländern mit 30,1 Prozent.

Durch die klaren Hinzugewinne der **FDP**, die um 4,9 Prozentpunkte zulegen und mit 11 Prozent das mit Abstand beste Europawahlergebnis überhaupt erzielen, geht das bürgerliche Lager gestärkt aus der Europawahl hervor. Die FDP wird mit 12 Sitzen in der Fraktion der Liberalen vertreten sein. Sie wird 5 Abgeordnete mehr entsenden können. Die FDP erreicht in den alten Ländern 11,6 und in den neuen Ländern 8,6 Prozent.

Klarer Verlierer der Wahl ist die **SPD**, die sogar noch schlechter abschnitt als 2004. Nachdem sie bereits 2004 das bis dahin schlechteste Ergebnis bei einer bundesweiten Abstimmung erhielt, hat sie dieses nochmals unterboten. 20,8 Prozent (-0,7 Punkte) der Wähler stimmten für die Partei. Wie bei der Vorwahl wird die SPD mit 23 Abgeordneten vertreten sein. Die SPD wird in den alten Ländern von 21,9 Prozent der Wähler unterstützt. In den neuen Ländern liegt sie mit 16,3 Prozent auf Rangplatz drei hinter CDU und Linker.

Die **Grünen** können das Ergebnis der Vorwahl in etwa halten. Sie erhalten 12,1 Prozent der Stimmen, was einem Plus von 0,2 Punkten entspricht. Sie erhalten ein

Mandat mehr und können damit 14 Abgeordnete im Parlament stellen. In den alten Ländern kommen sie auf 12,9 und in den neuen Ländern auf 9,1 Prozent.

Die **Linke** hat 1,4 Punkte hinzugewonnen und kommt damit auf 7,5 Prozent. Statt sieben kann sie dadurch acht Abgeordnete entsenden. In den alten Ländern kommt sie auf 3,9 Prozent (dies ist im Vergleich zur Bundestagswahl ein Verlust von einem Prozentpunkt); in den neuen Ländern erreicht 21,4 Prozent (bei der Bundestagswahl waren es noch 25,3) Prozent. Somit ist es der Partei unter eigentlich „optimalen“ Bedingungen zwar gelungen ihr Vorwahlergebnis auszubauen, bundespolitisch ist dies jedoch als Niederlage zu werten, da die Partei bei Europawahlen immer bessere Ergebnisse vorweisen konnte als bei zeitnahen Bundestagswahlen.

Traditionell stark sind die „**sonstigen**“ Parteien, die bei der Europawahl insgesamt auf 10,8 Prozent der Stimmen kommen. Im Vergleich zur Vorwahl legen sie einen Prozentpunkt zu. Am besten schneiden noch die Freien Wähler ab, die 1,7 Prozent der Stimmen erhalten. Die rechtsextremen Parteien erhalten sehr geringe Anteile, darunter schneiden die REP mit 1,3 Prozent noch am besten ab. Die DVU kommt auf 0,4 Prozent (aufgrund des Deutschlandpakts war die NPD nicht angetreten).

Die **Wahlbeteiligung** hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Entgegen weit verbreiteter Befürchtungen, sie könne unter die 40-Prozent-Grenze fallen ist sogar ein leichtes Plus von 0,3 Prozentpunkten zu verzeichnen. Hauptgrund für die verhältnismäßig niedrige Wahlbeteiligung ist das starke Desinteresse, das europapolitischen Themen entgegengebracht wird und die Wahrnehmung einer geringen Relevanz der Wahlebene.

In den alten Ländern ist die Wahlbeteiligung um 0,5 Punkte angestiegen, in den neuen Ländern um 0,4 Punkte gefallen. Zwar ist in allen Ländern in denen auch gleichzeitig eine Kommunalwahl stattgefunden hat (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) die Wahlbeteiligung höher als in den Ländern ohne zusätzliche Kommunalwahl, doch ergeben sich ansonsten sehr heterogene Trends. Am stärksten ist die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt zurückgegangen (-4,2 Punkte), obwohl dort auch eine Kommunalwahl stattfand. Am stärksten ist die Wahlbeteiligung in

Brandenburg gestiegen (+3 Punkte), obwohl dort keine Kommunalwahl stattgefunden hat. Doch bildet Brandenburg wie bereits 2004 mit einem Anteil von 29,9 Prozent das Schlusslicht bei der Wahlbeteiligung. Am höchsten fällt die Wahlbeteiligung mit 58,6 Prozent im Saarland aus und trotz Pfingstferien ist es in Bayern gelungen, die Wahlbeteiligung um 2,7 Punkte zu steigern. Zurückgegangen ist die Wahlbeteiligung zudem in Berlin (um 3,5 Punkte). Damit ist Berlin nach Sachsen-Anhalt das Bundesland mit der niedrigsten Wahlbeteiligung.

3. Das Meinungsklima im Vorfeld der Wahl

Die letzte Europawahl war von einer breiten Proteststimmung gegen die rot-grüne Regierung geprägt. Darunter litt insbesondere die SPD, die mit 21,5 Prozent der Stimmen auf einen historischen Tiefpunkt abstürzte. Dies war das schlechteste Ergebnis, das die SPD je bei einer bundesweiten Wahl erhielt. Von der hohen Unzufriedenheit mit der SPD konnte die Union 2004 profitieren, die trotz Einbußen klar als stärkste Partei (44,5 Prozent) aus der Wahl hervorging.

Die Haltungen gegenüber der Europäischen Union bleiben über die Zeit ambivalent. In einer qualitativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung¹⁷ wurden im letzten Jahr die Einstellungen und Verhaltensabsichten zu Europa und der Europäischen Union erfragt. Mit qualitativen Interviews werden im Unterschied zu quantitativen repräsentativen tiefer liegende Einstellungen sichtbar. Zudem ergibt sich die Chance bewusste und unbewusste Motivationen sichtbar zu machen.

Insgesamt ist bei den Diskutanten überwiegend eine kritische Haltung gegenüber der EU sichtbar. Die Vorteile werden dennoch nicht übersehen. Generell zeigt sich ein starkes Desinteresse am Thema Europa. Die Befragten bemängeln gleichzeitig, dass ihnen Informationen über Europa fehlen würden, geben aber auch unumwunden zu, dass sie diese im Zweifel auch nicht zur Kenntnis nehmen würden, da sie sich für das Thema nicht hinreichend stark interessieren. Dies macht deutlich, dass es für europäische Themen insgesamt sehr schwer ist, überhaupt die Wahrnehmungsschwelle zu überwinden.

¹⁷ Einstellungen zu Europa und der EU, 111 Interviews,

Zu den Positiven der EU und der europäischen Einigung wird von allen Teilnehmern die gemeinsame Währung genannt. Ebenfalls ausgesprochen positiv wird die Reisefreiheit bewertet. Die EU wird vor allem auch mit wirtschaftlichen Freiheiten und wirtschaftlicher Prosperität in Verbindung gebracht. Die Arbeitsfreiheit, Zoll- und Handelsfreiheit sowie die Stärkung der wirtschaftlichen Position stoßen auf positive Bewertungen. Aber auch die Rolle der EU in der Weltpolitik wird besonders gewürdigt. Bei den kritischen Haltungen zur EU werden einige Aspekte sichtbar, die allerdings gegensätzlicher Natur sind. Der Verlust der nationalen Identität und der nationalen Kompetenzen wird ebenso beklagt wie „Kleinstaaterei“ und „nationaler Egoismus“ auf deutliche Kritik stoßen. Unbehagen löst die „zu schnelle“ Erweiterung der EU um „zu viele“ Mitglieder aus. Kritisch werden die offenen Grenzen im Zusammenhang mit Kriminalität sowie der Zustrom „billiger“ Arbeitskräfte diskutiert. Auch dass Deutschland zu viel zahlen würde, monieren die Teilnehmer.

Insgesamt spiegelt sich in dieser Befragung eine ambivalente Grundhaltung wider. Auf der einen Seite wird die Zusammenarbeit der Staaten anerkannt, auf der anderen Seite wird die stärkere Berücksichtigung nationaler Interessen gewünscht. Die EU wird im positiven Sinne als eine offene Gemeinschaft gesehen, die um die zu lösenden Probleme weiß. Kritik wird an der Unüberschaubarkeit, der Intransparenz, der weiteren Ausdehnung der EU und einer schwer durchschaubaren wie zu großen Bürokratie geäußert. Der Einigungsprozess wird als noch lange nicht abgeschlossen angesehen.

Diese Ergebnisse werden in den repräsentativen Meinungsumfragen bestätigt. Das Interesse an der Europawahl ist schwach. Nur 30 Prozent geben an, sich sehr stark/stark für die Europawahl zu interessieren. 69 Prozent zeigen gegenüber der Europawahl wenig bis kein Interesse. Die Anhänger der Grünen haben mit einem Anteil von 48 Prozent ebenso wie die Anhänger von der Linken (43 Prozent) ein überdurchschnittliches Interesse an der Wahl. Im Vergleich zur Europawahl 2004 ist das Interesse an der Europawahl zurückgegangen (Forschungsgruppe Wahlen). 2004 gaben 57 an, kein Interesse zu haben und 43 Prozent zeigten sich interessiert (Infratest dimap).

Im Vergleich zu 2004 ergeben sich nur minimale Veränderungen. Nach Angaben von Infratest dimap sagten 2004 55 Prozent, die Bundespolitik würde für die Wahlentscheidung die größere Rolle spielen und 28 Prozent nannten die Europapolitik. Für die Parteiwähler ist die Bundespolitik etwas wichtiger als für die bislang noch Unentschlossenen (60:52 Prozent).

Ebenso wird das Gefühl einer mangelnden Information in repräsentativen Umfragen von den Befragten angesprochen. Nur 41 Prozent fühlen sich ausreichend über die EU informiert (Forschungsgruppe Wahlen). Vor dem Hintergrund der qualitativen Interviews ist dies jedoch kaum durch aktive Informationspolitik zu beheben, da das Desinteresse so groß ist, dass Informationen aktiv und bewusst nicht wahrgenommen werden.

Auch in einer anderen Frage lassen sich die Ambivalenzen gegenüber der EU erkennen. 33 Prozent empfinden den Einfluss der EU auf Entscheidungen in Deutschland als zu groß. Etwa genauso groß ist der Anteil derer, die den Einfluss als gerade richtig bewerten (30). Als zu gering bewerten 21 Prozent den Einfluss und 16 Prozent können sich zu dem Thema nicht äußern. Kein eindeutiges Meinungsbild ergibt sich auch in der Frage nach dem Tempo der europäischen Einigung. Hier sind 37 Prozent der Ansicht das Tempo sei zu schnell, 11 Prozent ist das Tempo zu langsam und 41 Prozent bewerten es als gerade richtig (Forschungsgruppe Wahlen).

Bei der Frage nach den Vor- und Nachteilen der EU-Mitgliedschaft zeigen sich im Zeitverlauf nur geringe Veränderungen. Wie auch bei den Vorwahlen beurteilt die Mehrheit der Bürger die Mitgliedschaft in der EU eher pragmatisch. So sagen 53 Prozent, dass sich die Vor- und Nachteile die Waage halten, 24 Prozent sehen eher Vor- und 20 Prozent eher Nachteile. Im Vergleich zu den Wahlen 1999 und 2004 hat sich diese generelle Einstufung als außerordentlich stabil erwiesen (Infratest dimap).

Wie in der qualitativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigen die Bürger auch in repräsentativen Umfragen gegenüber der EU gemischte Gefühle und Einschätzungen. Dabei halten sich positive und negative Einstellungen etwa die Waage. So sagen 74 Prozent, die EU helfe, unsere Interessen auch gegenüber anderen Weltregionen zu vertreten. 64 Prozent sind der Ansicht, dass wir durch die

EU in Europa sicherer leben und 55 Prozent glauben, die EU schaue der Wirtschaft kritisch auf die Finger. Für die Hälfte der Deutschen hilft die EU auch, die weltweite Krise besser zu bewältigen. Negativ wird die EU von 63 Prozent aufgrund des Urteils bewertet, sie würde sich in zu viele Dinge einmischen. 60 Prozent beklagen, dass sie nicht durchblicken, wie die EU in Brüssel funktioniere. 41 Prozent führen an, die demokratische Kontrolle würde in der EU nicht funktionieren und 40 Prozent äußern die Vermutung, das Europäische Parlament habe nicht viel zu sagen (Infratest dimap).

Doch gibt es in den Umfragen keine Hinweise auf eine grundsätzliche Abneigung. Selbst wenn es eine direkte Abstimmung über den Vertrag von Lissabon geben würde, fände dieser eine Mehrheit. So befürworten 53 Prozent den Vertrag von Lissabon, 33 Prozent lehnen ihn ab (Infratest dimap).

Bei denjenigen, die sich bereits im Vorfeld der Wahl auf eine Partei festgelegt haben, hat die Bundespolitik einen wesentlich größeren Einfluss auf die Wahlentscheidung als die Europapolitik (60:35 Prozent). Dies gilt insbesondere für die Anhänger von Union und SPD, von denen etwa zwei Drittel sagen, die Bundespolitik sei wichtiger für die Wahlentscheidung. Bei Grünen (56 Prozent) und FDP (51 Prozent) geben knappe Mehrheiten der Anhänger an, dass die Europapolitik wichtiger sei. Damit hat sich die Bedeutung der Bundespolitik im Vergleich zu 2004 erhöht. 2004 gaben 51 Prozent an, dass die Bundespolitik für ihre Entscheidung wichtig sei, 43 Prozent gaben die Europapolitik an (Forschungsgruppe Wahlen).

Alle im Vorfeld der Wahl veröffentlichten Umfragen zu der Wahlabsicht sind schwierig zu interpretieren. So sind im Vorfeld der Europawahl noch 66 Prozent der Befragten unsicher, ob sie wählen würden und für welche Partei sie in diesem Falle stimmen würden (Forschungsgruppe Wahlen). Dieser Wert liegt deutlich über dem von Bundestagswahlen, bei denen sich etwa ein Fünftel der Wähler unmittelbar vor der Wahl unentschlossen zeigen (Infratest dimap).

In den Vorwählerhebungen zeichnet sich ab, dass mit einem Anstieg der Wahlbeteiligung nicht zu rechnen sein wird. Gaben bei der letzten Wahl 2004 noch 66 Prozent an, dass sie ganz sicher zur Wahl gehen würden (bei einer

Wahlbeteiligung von 43 Prozent), ist dieser Anteil 2009 auf 57 Prozent zurückgegangen. Bei der Frage nach den Motiven, der Wahl fern zu bleiben, wird diffuse Kritik an den Parteien am häufigsten genannt. Befragt, warum sie nicht zur Wahl gehen würden, antworten 67 Prozent, sie seien enttäuscht („Ich bin enttäuscht über die Politik, egal ob in Berlin oder in Europa“). 66 Prozent sagen, sie hätten im Moment ein Problem, sich für eine Partei zu entscheiden. Ähnlich argumentieren weitere 52 Prozent, die angeben, sie würden zu einer Partei neigen, diese würde ihnen im Moment aber nicht so gut gefallen, 50 Prozent stimmen der Aussage zu, dass derzeit keine Partei ihre Interessen vertritt. Ein spezifischer Bezug auf die europäische Ebene ist demgegenüber nachrangig. 56 Prozent geben an, nicht zu wissen, wie sich die Parteien inhaltlich unterscheiden, 28 Prozent sagen, das Europäische Parlament hätte ohnehin wenig zu sagen, 27 äußern die Meinung, nicht zur Wahl zu gehen, weil sie mit der europäischen Politik unzufrieden seien und 27 Prozent nennen die geringere Wichtigkeit der Europawahl (Infratest dimap).

Die Union ist in den Einstellungen der Bürger nach wie vor die „Europa-Partei“. Während nur 22 Prozent der SPD zutrauen, Deutschlands Interessen in der Europäischen Union zu vertreten, trauen dies 49 Prozent der Union zu. Auch in der politischen Aufgabe, die europäische Einigung voranzubringen, liegt die Union deutlich vor der SPD (45:22 Prozent). In der Frage wer die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise besser bewältigen kann, klafft zwischen Union und SPD eine große Lücke. So sagen 41 Prozent, die Union sei besser in der Lage, die Krise zu bewältigen, der SPD trauen dies nur 17 Prozent zu. Allerdings glaubt auch ein knappes Drittel der Befragten, dass dies keine Partei könne. Auch die Haushalts- und Finanzpolitik wird eher der Union zugeordnet. So sagen 36 Prozent, die Union würde eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben; für die SPD votieren 22 Prozent. Doch ist dies der Bereich, in welchem die FDP auch verhältnismäßig gut abschneidet. Sie erhält 10 Prozent der Nennungen. Lediglich bei der Interessenvertretung der Arbeitnehmer kann die SPD punkten. Hier sagen 44 Prozent, dass sich in der Krise die SPD am ehesten um die Arbeitnehmer kümmern würde. In der für die Gesamtbewertung einer Partei sehr wichtigen Frage nach der Lösung der wichtigsten Probleme insgesamt, wird die positive Beurteilung der Union bestätigt. Hier sagen 36 Prozent, die Union könne die wichtigsten Probleme Deutschlands lösen. Für die SPD entscheiden sich 22 Prozent. Doch ist gerade in

dieser Frage die Unsicherheit der Bürger ausgesprochen groß. Denn 32 Prozent nennen keine Partei.

4. Die Wählerwanderungsbilanz¹⁸

Da die Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap sich auf die Bundestagswahl 2005 bezieht, ist vor allem der Austausch mit dem Nichtwählerlager bei allen Parteien signifikant. Hier ist zu berücksichtigen, dass es gleichermaßen schwierig ist eine Europawahl mit einer Bundestagswahl oder eine Bundestagswahl mit einer Europawahl zu vergleichen, da immer eine gewisse Unschärfe bleibt. Vergleicht man Europawahlen miteinander entsteht das Problem, dass die Wähler sich nur schwer an ihre letzte Entscheidung erinnern, da die Europawahl für sie einen geringen Stellenwert hat. Zieht man die Bundestagswahl als Vergleichsgröße heran, ergeben sich aufgrund des grundsätzlichen anderen Wahlverhaltens bei einer Bundestagswahl ebenfalls Verzerrungen. Umfragetechnisch gibt es hier keinen Königsweg. Aus diesem Grund sind die Wählerwanderungsbilanzen bei Bundestagswahlen mit großer Vorsicht zu interpretieren, da vermutlich bei der Bundestagswahl die Wahlbeteiligung fast doppelt so hoch ausfallen dürfte wie bei der Europawahl und diejenigen Wähler, die sich am 7. Juni für die Nichtwahl entschieden haben, bei der Bundestagswahl zum größten Teil ihre Stimme abgeben werden.

Betrachtet man zunächst die **Union**, so hat sie gegenüber der Bundestagswahl 2005 550.000 Wähler von der SPD und 40.000 Stimmen von der Linken gewonnen. Verluste hat sie gegenüber der FDP (-160.000 Stimmen) und den Grünen (-30.000). An die sonstigen Parteien hat sie 350.000 Wähler verloren. Da die Splitterparteien bei Bundestagswahlen in der Vergangenheit weit weniger Stimmen mobilisieren konnten wie bei Europawahlen, wird dieses Wählerpotential aller Wahrscheinlichkeit nach auch bei der nächsten Bundestagswahl 2009 nicht für eine der Kleinstparteien votieren. Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung gehen 6.010.000 Wähler im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 nicht zur Wahl. Doch ist eine solche Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2009 nicht zu erwarten.

Interessant ist jedoch in dieser Perspektive eine Betrachtung des bürgerlichen Lagers. Union wie FDP gewinnen in erheblichem Ausmaß ehemalige Wähler der Sozialdemokraten. 330.000 SPD-Wähler wechseln zur FDP. Damit hat das bürgerliche Lager insgesamt 880.000 Stimmen von der SPD mobilisiert. Die Abgänge an die anderen Parteien des linken Lagers sind hingegen gering: insgesamt haben nur 40.000 Wähler der bürgerlichen Parteien den Grünen oder der Linken ihre Stimme gegeben. Die Verluste der Union gegenüber der FDP finden fast ausschließlich in den alten Ländern statt (-150.000). Die Verluste der Union an die FDP werden somit durch die Hinzugewinne aus den Reihen der SPD mehr als kompensiert.

Die **SPD** hat Verluste in alle politischen Richtungen zu verzeichnen. Am stärksten fällt die Abwanderung zu den Grünen aus (-650.000 Wähler). Doch ist dies fast ein ausschließliches westdeutsches Phänomen. In den alten Ländern wechseln 530.000 ehemalige SPD-Wähler zu den Grünen. An die Union gehen 550.000 Stimmen verloren, an die FDP 330.000 und an die sonstigen Parteien 560.000. Die Verluste an die Linke halten sich hingegen mit einem Minus von 200.000 in Grenzen. Hier dürfte, wie dies auch bei der Landtagswahl 2009 in Hessen sichtbar wurde, das maximal wechselbereite Potential bereits ausgeschöpft sein, so dass keine größeren Abwanderungen mehr zu erwarten sind. Mit 7.880.000 Wählern hat die SPD von allen Parteien am stärksten an das Nichtwählerlager verloren. Doch gilt auch hier, dass diese Wanderungsbewegung bei der Bundestagswahl vermutlich nicht ins Gewicht fallen wird.

Die **Grünen** verlieren zwar auch an die sonstigen Parteien und die Nichtwähler, doch sind dies Effekte die auf den spezifischen Charakter der Europawahl zurückzuführen sind. Sie gewinnen vor allem von der SPD Wähler hinzu (650.000). Die sonstigen Wählerbewegungen verlaufen auf einem niedrigen Niveau.

Die **FDP** kann von der Union 160.000 Stimmen gewinnen und von der SPD etwa doppelt so viele Wähler (330.000). In nennenswertem Umfang verliert sie nur an die sonstigen Parteien (230.000 Wähler). Entgegen weit verbreiteter Meinungen ist es

¹⁸ Wählerwanderungsbilanz: Infratest dimap Wahlanalyse. Die Wählerwanderungsbilanz bezieht sich

der FDP schon immer gelungen auch SPD-Wähler in größerem Umfang zu gewinnen (mit Ausnahme der Bundestagswahl 2005).

Die **Linke** kann zwar von der SPD noch 200.000 (und von der FDP 10.000) Wähler mobilisieren, gibt ansonsten aber Wähler an andere Parteien ab. Besonders groß fallen die Verluste gegenüber den sonstigen Parteien mit 230.000 Stimmen aus. An Union und Grüne gibt die Linke jeweils 40.000 Stimmen ab. Proportional zum Wähleranteil gewinnt die Linke vor allem in den neuen Ländern mit 110.000 Stimmen sozialdemokratische Wähler hinzu, während mit einem Zugewinn von 90.000 sozialdemokratischen Stimmen in den alten Ländern der Zustrom eher überschaubar ist.

Die **sonstigen** Parteien werden aus allen politischen Richtungen unterstützt. Da sie aber weder ein ideologisch einheitlicher Block sind, noch bei der Bundestagswahl an die Ergebnisse der Europawahl werden anknüpfen können, sind diese Bewegungen mit Zurückhaltung zu interpretieren. Am stärksten verliert die SPD mit 560.000 Stimmen an das Lager der sonstigen Parteien, gefolgt von der Union mit 350.000 Stimmen.

5. Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen¹⁹

Die **Union** wird in der Altersgruppe der über 60jährigen mit 47,7 Prozent stärkste Partei. Vor allem die über 60jährigen Frauen wählen die Union fast zur Hälfte (49,3 Prozent). Da etwa ein Drittel der Wahlberechtigten über 60 Jahre ist und dort auch generell die höchste Wahlbeteiligung vorhanden ist (detaillierte Zahlen liegen derzeit nicht vor) hat sich das Abstimmungsverhalten in dieser Gruppe insgesamt sehr positiv auf das Gesamtabstimmungsverhalten der Union ausgewirkt. Allerdings geht dieser Vorsprung bei den über 60jährigen fast ausschließlich auf die alten Länder zurück, in denen 50,7 Prozent der über 60jährigen für die Union stimmen. In den neuen Ländern entscheiden sich nur 33,4 Prozent für die CDU. In der jüngsten Wählergruppe (den unter 30jährigen) hat die Union mit 29 Prozent das schlechteste Ergebnis erzielt und muss dort gleichermaßen mit einem Verlust von 9,7 Punkten

auf die Bundestagswahl 2005.

auch die deutlichsten Verluste verzeichnen. Das Wahlverhalten der Geschlechter ist eher ausgewogen. Mit 38,2 Prozent wird sie von Frauen etwas häufiger präferiert als von Männern (36,6 Prozent). Auch wenn die Union in der Arbeiterschaft Verluste verkraften muss (-8,8 Punkte) ist sie dort mit einem Anteil von 36,6 Prozent die Partei mit dem größtem Rückhalt. Die SPD wird demgegenüber nur von 25,1 Prozent der Arbeiter unterstützt. Überdurchschnittlich gut schneidet die Union bei Beamten (41 Prozent) und Landwirten ab (66 Prozent). Allerdings handelt es sich hierbei um zwei quantitativ eher kleine Wählergruppen. Die deutlichsten Abwanderungen sind bei den Selbständigen zu verzeichnen, von denen 13,2 Prozent von der Union abwandern. Doch ist diese Gruppe mit einem Anteil von ca. 11 Prozent an der Gesamtbevölkerung ebenfalls eher klein. Bei den einfachen Arbeitern erhält die Union 38,5 Prozent und kann damit die SPD, die 25 Prozent erreicht, klar hinter sich lassen. Wie auch bei anderen Wahlen zeigt sich der Volkspartei Charakter der Union auch bei den Bildungsabschlüssen der Wähler. Bei Wählern mit niedriger Bildung (Volksschule) erreicht sie einen Anteil von 45,2 Prozent. Bei hochgebildeten Wählern erhält sie 28,8 Prozent. Diese Wählergruppe bevorzugt traditionell sowohl Grüne als auch FDP, die als Klientelparteien hier besser mobilisieren können. Bei den über 35jährigen Wählern mit einfacher Bildung schneidet die Union mit 45,8 Prozent ebenfalls sehr gut ab. Überdurchschnittliche Verluste (-14,5 Punkte) sind bei unter 35jährigen Wählern mit einfacher Bildung zu verzeichnen. Aufgrund des hohen Durchschnittsalters der Unions-Wähler sind auch Rentner überrepräsentiert (47 Prozent) und Wähler, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (u.a. Hausfrauen) mit 43,6 Prozent. In der letztgenannten Gruppe hat sie zudem so gut wie keine Verluste zu verzeichnen (-1,1 Punkte). Die Union wird von 50 Prozent der Katholiken gewählt und ist vor allem in kleineren Gemeinden erfolgreich. Je größer die Gemeinde/Stadt, desto schlechter schneidet sie ab. Die Befunde liegen insgesamt im Trend der Zusammensetzung der Unionswählerschaft. Signifikante Abweichungen vom Durchschnitt bzw. dramatische Veränderungen in einzelnen Wählergruppen sind nicht sichtbar.

Die **SPD** kann weder in einer sozialstrukturellen Gruppe einen nennenswerten Zuwachs noch eine besonders herausragende Abwanderung verzeichnen. Die Abweichungen vom Gesamtergebnis sind daher in allen Gruppen verhältnismäßig

¹⁹ Forschungsgruppe Wahlen.

schwach ausgeprägt. Zudem kann man keine typische Wählerschaftsstruktur mehr erkennen. Selbst bei Arbeitern (bei denen sie mit 25,1 Prozent) etwas besser abschneidet als insgesamt, hat sie ihre ehemalige Vormachtstellung längst eingebüßt und kann diese auch nicht zurückgewinnen. Besonders gut schneidet sie mit 27,2 Prozent lediglich bei Wählern mit niedriger Bildung ab. Den prozentual größten Rückhalt findet sie mit 37 Prozent nach wie vor bei gewerkschaftsverbundenen Arbeitern, hier kann sie auch 6,7 Punkte zulegen, doch ist sie damit weit von früheren Ergebnissen entfernt als in dieser Gruppe mehr als 50 Prozent die Partei unterstützten. Die SPD kann somit selbst in ihrer traditionellen Stammwählerschaft kaum über dem Durchschnitt reüssieren. Somit hat sie selbst in den Teilen, die man als treue Wähler bezeichnen könnte, erhebliche Mobilisierungsdefizite.

Für die **FDP** ergibt sich bei der Zusammensetzung der Wählerschaft ein ähnliches Bild wie bei der SPD. Die Zugewinne verteilen sich recht homogen über alle sozialen Gruppen. Dabei schneidet sie bei jüngeren Wählern leicht besser ab als in den älteren Wählergruppen und mobilisiert Männer etwas besser als Frauen. Doch sind diese Unterschiede so schwach ausgeprägt, dass sie nicht überinterpretiert werden sollten. In den sehr kleinen Bevölkerungsgruppen der Selbständigen und Landwirte haben die Liberalen geringfügig besser mobilisiert als im Durchschnitt. Doch handelt es sich hierbei um quantitativ zu vernachlässigende Größenordnungen (bei einem geschätzten Wähleranteil von unter zwei Prozent der Landwirte und 11 Prozent der Selbständigen; die Daten liegen derzeit noch nicht vor). Da Wähler mit hoher Bildung auch an der Europawahl überdurchschnittlich interessiert sind, können sowohl Grüne als auch FDP in dieser Gruppe besonders gute Ergebnisse erzielen. So wählen 13,4 Prozent der Wähler mit einem sehr hohen Bildungsniveau die FDP. Auf eine Besonderheit sei noch hingewiesen: Entgegen weitverbreiteter Images hat die Partei bei Arbeitslosen einen Zuwachs von 6,3 Punkten zu verzeichnen und bei Arbeitern ein Plus von 5,3 Punkten.

Die **Grünen** mobilisieren die Wählergruppen erfolgreich, in denen sie immer besonders gut abschneiden. Jüngere und weibliche Wähler und Wähler mit hoher Bildung sind ihre Hauptwählergruppe. Am besten schneiden die Grünen bei Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen ab. 23,2 Prozent unterstützen

die Partei. Dies hängt auch damit zusammen, dass in dieser Gruppe das Interesse an der Europawahl besonders ausgeprägt ist und sie daher auch überdurchschnittlich an der Wahl teilnehmen. Hingegen haben sie bei unter 35jährigen mit niedrigem Bildungsniveau entgegen dem Trend deutlich an Unterstützung verloren (-4,7 Punkte). Gegen den Trend ist auch in großen Städten (über 100.000 Einwohner) die Anhängerschaft um 5,8 Punkte geschrumpft.

Seit die PDS sich zunächst in Linkspartei und dann in die **Linke** umbenannt hat, hat sich auch ihre Wählerschaft verändert. Die sozialstrukturellen Besonderheiten treten seit 2005 bei jeder Wahl auf. Die Linke ist bei Wählern mittleren Alters (44 bis 59 Jahre: 9,6 Prozent), Männern (8,2 Prozent), Arbeitern (9,7 Prozent) und Gewerkschaftsmitglieder (10,5 Prozent) besonders erfolgreich. Den größten prozentualen Rückhalt hat sie bei Arbeitslosen, von denen sich 22,4 Prozent für die Partei entscheiden. Im Ost- Westvergleich ergeben sich bei der Linken einige Differenzen: Sie mobilisiert im Westen etwa gleich stark in allen Bildungsgruppen, während sie im Osten eindeutig die Partei der Hochgebildeten ist. Auch in der Zusammensetzung der Altersstruktur ergeben sich einige Veränderungen: In den neuen Ländern wird sie von den über 60jährigen Wählern etwa doppelt so häufig wie von den jüngeren Wählern gewählt. Dies hat sich im Vergleich zu früheren Wahlen vollständig geändert: Früher konnte die Linke in den neuen Ländern in allen Bevölkerungs- und Altersgruppen etwa gleich stark mobilisieren. Diese Verteilung der Wählerschaft in den neuen Ländern war zuletzt bei der Bundestagswahl 2002 sichtbar, als die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und auf ihre ursprüngliche Klientel zu Anfang der 90er Jahre zurückgefallen war (als sie noch die Partei der alten Eliten war).

Das Lager der **sonstigen Parteien** ist zu heterogen zusammengesetzt, als dass sich aufgrund der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft Wahlmotive oder Zielgruppen ableiten ließen. Hier ist nur darauf hinzuweisen, dass diese bunte Parteienlandschaft bei Europawahlen immer besonders erfolgreich ist (zur Begründung vgl. Kapitel 1).

Anhang

**Vergleich der Europawahlergebnisse 2009 und 2004
Bundesergebnis**

	2009		2004		Veränderung 2009 - 2004	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	62.202.967		61.682.394		+520.573	
Nichtwähler	35.278.154	56,7	35.159.290	57,0		-0,3
Wähler	26.924.813	43,3	26.523.104	43,0	+401.709	+0,3
Ungültige Stimmen	596.661	2,2	739.426	2,8	-142.765	-0,6
Gültige Stimmen	26.328.152	97,8	25.783.678	97,2	+544.474	+0,6
CDU+CSU	9.966.760	37,9	11.476.897	44,5	-1.510.137	-6,7
CDU	8.069.983	30,7	9.412.997	36,5	-1.343.014	-5,9
CSU	1.896.777	7,2	2.063.900	8,0	-167.123	-0,8
SPD	5.471.703	20,8	5.547.971	21,5	-76.268	-0,7
GRÜNE	3.193.821	12,1	3.079.728	11,9	+114.093	+0,2
Die Linke	1.968.325	7,5	1.579.109	6,1	+389.216	+1,4
FDP	2.887.331	11,0	1.565.431	6,1	+1.321.900	+4,9
REP	347.897	1,3	485.662	1,9	-137.765	-0,6
Die Tierschutzpartei	289.572	1,1	331.388	1,3	-41.816	-0,2
FAMILIE	252.150	1,0	268.468	1,0	-16.318	-0,1
ödp	134.853	0,5	145.537	0,6	-10.684	-0,1
DIE FRAUEN	86.754	0,3	145.312	0,6	-58.558	-0,2
Volksabstimmung	69.669	0,3	135.015	0,5	-65.346	-0,3
PBC	80.789	0,3	98.651	0,4	-17.862	-0,1
CM	39.886	0,2	46.037	0,2	-6.151	-0,0
AUFBRUCH	31.085	0,1	43.128	0,2	-12.043	-0,0
DKP	25.587	0,1	37.160	0,1	-11.573	-0,0
BP	55.846	0,2	35.152	0,1	+20.694	+0,1
PSG	9.673	0,0	25.795	0,1	-16.122	-0,1
BüSo	10.926	0,0	21.983	0,1	-11.057	-0,0
50Plus	68.579	0,3	-	-	+68.579	+0,3
AUF	37.834	0,1	-	-	+37.834	+0,1
DVU	111.631	0,4	-	-	+111.631	+0,4
DIE GRAUEN	57.817	0,2	-	-	+57.817	+0,2
DIE VIOLETTEN	46.307	0,2	-	-	+46.307	+0,2
EDE	11.859	0,0	-	-	+11.859	+0,0
FBI	30.913	0,1	-	-	+30.913	+0,1
Volksentscheide	40.250	0,2	-	-	+40.250	+0,2
FW Freie Wähler	441.726	1,7	-	-	+441.726	+1,7
Newropeans	15.060	0,1	-	-	+15.060	+0,1
PIRATEN	229.117	0,9	-	-	+229.117	+0,9
RRP	102.319	0,4	-	-	+102.319	+0,4
RENTNER	212.113	0,8	-	-	+212.113	+0,8
2009 nicht angetr.	-	-	715.254	2,8	-715.254	-2,8

2009 = vorläufiges Endergebnis

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GRÜNE	Bündnis 90/Die Grünen
DIE LINKE	DIE LINKE
FDP	Freie Demokratische Partei
REP	Die Republikaner
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
FAMILIE	Familien-Partei Deutschlands
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
Volksabstimmung	Ab jetzt... Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
CM	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten

AUFBRUCH	Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
BP	Bayernpartei
PSG	Partei für Soziale Gerechtigkeit, Sektion der Vierten Internationale
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
50Plus	50Plus Das Generationen-Bündnis
AUF	AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie
DVU	Deutsche Volksunion
DIE GRAUEN	DIE GRAUEN - Generationenpartei
DIE VIOLETTEN	Die Violetten, für spirituelle Politik
EDE	Europa – Demokratie - Esperanto
FBI	Freie Bürger-Initiative
Volksentscheide	Für Volksentscheide – Gerechtigkeit braucht Bürgerrechte
FW	FW Freie Wähler
Newropeans	Newropeans
PIRATEN	Piratenpartei Deutschland
RRP	Rentnerinnen und Rentner Partei
RENTNER	Rentner-Partei-Deutschlan

Wahlbeteiligung und Stimmen der Parteien in den Bundesländern bei der Europawahl 2009														
	Wahlbet.		CDU/CSU 1)		SPD		FDP		GRÜNE		DIE LINKE		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Baden-Württemberg	51,9	-1,2	38,7	-8,7	18,1	-1,5	14,1	7,3	15,0	0,6	3,0	1,9	11,2	0,5
Bayern	42,4	2,7	48,1	-9,3	12,9	-2,4	9,0	4,8	11,5	-0,2	2,3	1,4	16,2	5,6
Berlin	35,1	-3,5	24,3	-2,1	18,8	-0,4	8,7	3,3	23,6	0,8	14,7	0,4	9,9	-2,1
Brandenburg	29,9	3,0	22,5	-1,5	22,8	2,2	7,4	2,7	8,4	0,6	26,0	-4,9	13,0	0,9
Bremen	39,2	1,9	24,5	-3,5	29,3	-1,1	8,9	2,6	22,1	-0,2	7,2	3,4	8,0	-1,2
Hamburg	34,7	-0,2	29,7	-7,0	25,4	0,1	11,1	5,7	20,5	-4,1	6,7	3,9	6,5	1,4
Hessen	37,9	0,1	36,4	-4,8	24,4	-0,1	12,6	5,1	15,0	-0,0	3,9	1,8	7,6	-1,9
Mecklenburg-Vorpommern	46,7	1,6	32,3	-10,1	16,7	0,6	7,6	3,7	5,5	0,8	23,5	1,8	14,3	3,2
Niedersachsen	40,5	0,4	39,2	-6,3	27,2	-0,6	10,2	3,9	12,5	0,3	4,0	2,2	6,8	0,4
Nordrhein-Westfalen	41,8	0,7	38,0	-6,9	25,6	-0,1	12,3	4,9	12,5	-0,1	4,6	2,5	7,0	-0,3
Rheinland-Pfalz	55,6	-2,7	39,9	-7,5	25,7	0,0	11,1	4,7	9,5	0,5	3,5	2,3	10,3	0,1
Saarland	58,6	1,4	35,9	-8,7	26,6	-3,4	8,1	3,6	7,7	-0,1	12,0	10,0	9,7	-1,4
Sachsen	47,6	1,5	35,3	-1,2	11,7	-0,2	9,8	4,6	6,7	0,6	20,1	-3,5	16,4	-0,4
Sachsen-Anhalt	37,8	-4,2	29,1	-5,2	18,1	-0,4	8,6	3,0	5,4	1,0	23,6	-0,1	15,2	1,6
Schleswig-Holstein	36,8	0,4	37,9	-9,1	24,6	-0,8	12,7	6,3	13,5	0,3	3,9	2,1	7,4	1,1
Thüringen	53,0	-0,7	31,1	-6,7	15,7	0,3	8,2	4,0	5,8	0,3	23,8	-1,5	15,5	3,7
Alte Länder	43,7	0,5	39,9	-7,5	21,9	-1,0	11,6	5,2	12,9	0,1	3,9	2,3	9,9	1,0
Neu Länder	41,7	-0,4	30,1	-3,9	16,3	0,2	8,6	3,7	9,1	0,5	21,4	-1,4	14,4	-2,1
Deutschland gesamt	43,3	0,3	30,7	-5,9	20,8	-0,7	11,0	4,9	12,1	0,2	7,5	1,4	10,8	1,0

1) In Bayern CSU

Quelle: Statistisches Bundesamt / Der Bundeswahlleiter

**Europawahl in Deutschland
(% bzw. %-Punkte)**

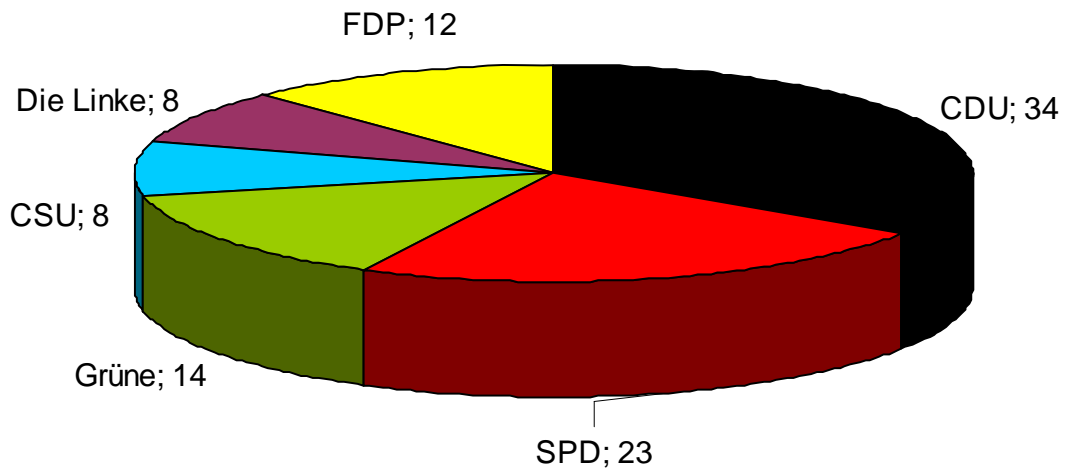
	Wahlbet.								Veränderungen gegenüber der Vorwahl							
	CDU	CSU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Sonst.	Wahlbet.	CDU	CSU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Sonst.	
10.06.1979	65,7	39,1	10,1	40,8	6,0	3,2	-	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-
17.06.1984	56,8	37,5	8,5	37,4	4,8	8,2	-	3,7	-8,9	-1,6	-1,6	-3,4	-1,2	+5,0	-	+2,9
18.06.1989	62,3	29,5	8,2	37,3	5,6	8,4	-	10,8	+5,5	-8,0	-0,3	-0,1	+0,8	+0,2	-	+7,1
12.06.1994	60,0	32,0	6,8	32,2	4,1	10,1	4,7	10,3	-2,3	+2,5	-1,4	-5,1	-1,5	+1,7	-	-0,5
13.06.1999	45,2	39,3	9,4	30,7	3,0	6,4	5,8	5,4	-14,8	+7,3	+2,6	-1,5	-1,1	-3,7	+1,1	-4,9
13.06.2004	43,0	36,5	8,0	21,5	6,1	11,9	6,1	9,8	-2,2	-2,8	-1,4	-9,2	+3,1	+5,5	+0,3	+4,4
07.06.2009	43,3	30,7	7,2	20,8	11,0	12,1	7,5	10,8	+0,3	-5,8	-0,8	-0,7	+4,9	+0,2	+1,4	+1,0

2009 = vorläufiges Ergebnis

Sitze der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament							
	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	REP	Sitze insgesamt
1979 ¹	40	34	4	-	-	-	78
1984	39	32	-	7	-	-	78
1989	31	30	4	7	-	6	78
1994	47	40	-	12	-	-	99
1999	53	33	-	7	6	-	99
2004 ²	49	23	7	13	7	-	99
2009	42	23	12	14	8	-	99

2009 = vorläufiges Ergebnis

Sitzverteilung



¹ 1979-1989 nur alte Länder

² amt. Ergebnis, außerdem vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt:

1979: CDU 2, SPD 1

1984: CDU 2, SPD 1

1989: CDU 1, SPD 1, AL 1

Europawahl in Deutschland 2009
Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Die Linke		Andere	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Endergebnis	37,9	-6,6	20,8	-0,7	11,0	4,9	12,1	0,2	7,5	1,4	10,7	0,8
Männer/Frauen												
<30	29,0	-9,7	20,4	2,5	12,3	4,1	15,6	-1,5	6,3	1,9	16,4	2,7
-44	34,1	-3,7	16,7	-2,0	13,6	7,0	16,7	-2,2	5,8	0,2	13,1	0,7
-59	32,7	-8,2	20,1	-2,9	11,2	4,8	15,4	3,0	9,6	2,3	11,0	1,0
+60	47,7	-6,5	24,0	-0,2	8,9	4,2	5,4	1,0	7,0	0,6	7,0	0,9
Frauen	38,2	-4,3	20,7	-1,3	10,1	4,3	14,2	-0,2	6,4	1,1	10,4	0,4
<30	27,9	-6,5	21,2	-0,5	10,4	3,1	19,0	-0,8	6,2	3,2	15,3	1,5
-44	33,6	-,6	17,3	-1,8	11,4	5,4	19,4	-3,0	5,6	0,8	12,7	0,2
-59	33,4	-6,0	20,5	-0,6	10,0	3,3	17,3	1,9	8,1	1,6	10,7	-0,2
+60	49,3	-4,9	23,1	-1,8	9,2	4,6	6,2	1,1	5,5	-0,1	6,7	1,1
Männer	36,6	-8,9	20,7	-0,1	12,1	5,7	11,0	0,8	8,2	1,2	11,4	1,3
<30	29,6	-13,1	19,6	5,4	14,0	4,7	12,7	-1,8	6,5	0,8	17,6	4,0
-44	34,2	-6,5	16,1	-1,6	15,8	8,8	14,4	-1,4	6,0	-0,4	13,5	1,1
-59	33,1	-8,6	20,0	-4,9	11,8	5,6	13,9	4,1	10,6	2,7	10,6	1,1
+60	44,9	-9,3	25,5	2,3	8,7	3,9	4,9	1,3	8,4	1,0	7,6	0,8
Bildung												
Volksschule	45,2	-7,1	27,2	1,6	8,9	4,2	3,9	0,4	4,9	1,3	9,9	-0,4
Realschule	38,6	-5,5	18,2	-2,0	11,4	5,1	9,9	0,7	8,4	1,7	13,5	0,0
Abitur	32,4	-5,4	19,3	-0,8	12,0	4,7	17,7	-2,7	7,0	0,3	11,6	3,9
Fachhoch./Uni ohne	28,8	-7,2	17,1	-1,7	13,4	5,9	23,2	-0,5	9,7	1,1	7,8	2,4
	40,2	-9,7	24,2	5,9	6,2	0,4	8,6	0,7	8,5	3,3	12,3	-0,6
Berufsgruppe												
Arbeiter	36,6	-8,8	25,1	2,1	9,5	5,3	5,9	-0,1	9,7	1,6	13,2	-0,1
Angestellte	35,5	-5,6	20,7	-2,3	11,2	4,9	14,1	0,7	7,8	4,9	10,7	0,9
Beamte	41,0	-4,3	22,9	1,3	8,6	3,3	15,5	-0,7	5,3	1,5	6,7	-1,1
Selbständige	39,1	-13,2	10,8	-1,8	18,0	7,3	16,3	1,3	5,2	2,0	10,6	4,4
Landwirte	66,2	-4,1	5,4	-2,3	11,6	6,2	3,2	0,4	3,7	-5,2	9,9	5,0

Europawahl in Deutschland 2009
Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Die Linke		Andere	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Endergebnis	37,9	-6,6	20,8	-0,7	11,0	4,9	12,1	0,2	7,5	1,4	10,7	0,8
Erwerbsstatus												
Tätigkeit	33,7	-7,7	18,6	-1,3	12,7	5,7	15,5	1,1	7,4	1,8	12,1	0,4
Rentner	47,0	-6,8	24,7	0,3	8,3	3,7	5,2	1,2	7,6	0,5	7,2	1,1
Arbeitslose	22,8	-5,0	20,8	1,3	10,7	6,3	6,2	-8,5	22,4	5,3	17,1	0,6
in Ausbildung	24,6	-7,3	21,9	2,5	12,1	3,6	21,2	-4,6	6,6	1,0	13,6	4,8
Gewerkschaft												
Mitglieder	27,6	-2,7	33,6	1,3	6,3	2,6	11,6	-0,8	10,5	0,9	10,4	-1,3
Nicht-Mitglieder	38,9	-7,3	18,0	-1,2	12,4	5,7	12,8	0,3	6,9	1,3	11,0	1,2
Konfession												
Katholisch	50,0	-7,2	16,6	-0,7	11,1	5,8	10,0	-0,2	2,4	0,7	9,9	1,6
Evangelisch	36,2	-7,6	25,3	-0,2	11,4	4,4	12,9	1,0	4,5	1,8	9,7	0,6
Andere/keine	23,3	-4,1	19,2	-1,1	11,8	5,5	14,4	-0,7	18,4	0,1	12,9	0,3

Europawahl in Westdeutschland 2009
 Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Die Linke		Andere	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Endergebnis	39,6	-7,3	21,9	-1,0	11,5	5,1	13,2	0,0	3,9	2,2	9,9	1,0
Männer/Frauen												
<30	29,9	-10,6	21,4	2,2	12,4	4,1	17,0	-1,6	4,4	3,1	14,9	2,8
-44	35,0	-3,5	17,7	-2,7	14,0	7,2	17,8	-3,4	3,3	1,2	12,2	1,2
-59	33,2	-9,6	21,7	-3,8	11,6	4,6	17,3	3,4	6,0	4,1	10,2	1,3
+60	50,7	-7,8	24,7	0,2	9,9	4,8	5,7	1,1	2,4	1,1	6,6	0,6
Frauen	39,5	-5,0	21,7	-1,6	10,6	4,5	15,6	-0,4	3,0	2,0	9,6	0,5
<30	28,1	-7,0	21,9	-0,8	10,5	3,1	20,9	-0,6	4,3	3,9	14,3	1,4
-44	34,5	-1,0	18,2	-2,6	11,4	5,2	21,1	-4,1	2,8	1,3	12,0	1,2
-59	33,6	-7,9	22,1	-1,1	10,6	3,5	19,7	2,4	4,3	3,4	9,7	-0,3
+60	51,6	-6,3	23,7	-1,8	10,3	5,3	6,6	0,8	1,5	1,2	6,3	0,8
Männer	38,3	-10,0	22,0	-0,3	12,6	5,9	11,8	0,6	4,7	2,3	10,6	1,5
<30	31,2	-14,5	20,8	5,5	14,0	4,5	13,6	-2,3	4,6	2,5	15,8	4,3
-44	35,0	-6,9	17,3	-2,1	16,6	9,4	15,1	-2,5	3,6	1,0	12,4	1,1
-59	33,8	-9,5	21,5	-6,4	11,9	5,1	15,5	4,5	7,2	4,3	10,1	2,0
+60	48,2	-10,9	26,3	3,1	9,7	4,5	5,3	1,4	3,3	1,4	7,2	0,5
Bildung												
Volksschule	46,2	-7,7	28,2	1,7	9,4	4,5	4,1	0,5	3,0	1,9	9,1	-0,9
Realschule	40,9	-5,8	19,3	-2,7	11,8	5,0	11,4	0,4	4,6	2,9	12,0	0,2
Abitur	33,2	-7,0	20,0	-0,9	12,5	4,9	19,2	-2,9	4,0	1,7	11,1	4,2
Fachhoch./Uni ohne	29,9	-8,5	17,6	-2,4	14,8	6,7	26,1	-0,8	4,0	2,1	7,6	2,9
	42,4	-7,8	25,4	7,4	5,1	-1,7	10,8	2,5	6,6	4,7	9,7	-5,1
Berufsgruppe												
Arbeiter	38,3	-10,2	28,2	2,6	9,7	5,3	6,7	-0,2	5,2	3,1	11,9	-0,6
Angestellte	36,8	-6,9	21,7	-2,5	12,0	5,3	15,2	0,5	4,1	2,3	10,2	1,3
Beamte	42,4	-4,6	23,7	0,9	8,5	3,2	16,5	-0,1	2,6	1,8	6,3	-1,2
Selbständige	40,0	-12,6	11,0	-2,4	18,3	7,1	17,3	1,4	3,3	1,8	10,1	4,7
Landwirte	72,2	-8,3	3,0	-1,0	12,8	7,3	3,4	-0,5	0,4	-0,6	8,2	3,1

Europawahl in Westdeutschland 2009
 Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Die Linke		Andere	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Endergebnis	39,6	-7,3	21,9	-1,0	11,5	5,1	13,2	0,0	3,9	2,2	9,9	1,0
Erwerbsstatus												
Tätigkeit	34,3	-8,2	19,9	-1,8	13,0	5,6	17,0	1,0	4,5	2,7	11,3	0,7
Rentner	50,4	-8,2	25,5	0,7	9,3	4,3	5,7	1,5	2,5	1,0	6,6	0,7
Arbeitslose	23,4	-5,9	26,0	0,7	11,7	8,1	8,1	-14,7	17,2	13,1	13,6	-1,3
in Ausbildung	25,6	-7,8	22,3	1,9	12,2	3,2	22,7	-5,7	4,7	3,0	12,5	5,4
Gewerkschaft												
Mitglieder	28,0	-3,7	36,1	-0,3	6,5	2,9	12,6	-1,4	6,8	3,8	10,0	-1,3
Nicht-Mitglieder	40,8	-8,0	18,7	-1,5	13,1	6,0	14,0	0,4	3,4	1,9	10,0	1,2
Konfession												
Katholisch	50,4	-7,5	16,8	-0,7	11,4	6,1	10,0	-0,2	2,2	0,9	9,2	1,4
Evangelisch	35,2	-7,5	26,8	-0,5	11,9	4,4	13,6	0,9	3,2	2,2	9,3	0,5
Andere/keine	22,5	-6,4	21,9	-1,9	13,4	6,0	21,2	-3,2	9,3	5,1	11,7	0,4

Europawahl in Deutschland 2009
Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Die Linke		Andere	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Endergebnis	30,2	-4,0	15,9	0,3	8,4	3,7	7,3	0,7	23,2	-2,0	15,0	1,3
Männer/Frauen												
<30	23,9	-7,3	15,4	2,4	11,0	3,5	9,4	-2,3	14,4	-2,4	25,9	6,1
-44	29,3	-5,1	12,1	0,7	11,2	5,5	11,5	2,8	17,5	-4,0	18,4	0,1
-59	30,5	-2,5	13,7	0,1	9,4	5,0	7,4	0,7	25,1	-2,7	13,9	-0,6
+60	33,4	-2,2	20,5	-1,8	4,3	1,2	3,6	0,2	28,9	-0,9	9,3	3,5
Frauen	32,1	-2,0	15,9	-0,4	7,6	3,0	7,7	0,0	21,5	-2,5	15,2	1,9
<30	25,6	-5,6	17,4	0,0	9,3	2,4	10,1	-3,3	14,6	0,7	23,0	5,8
-44	28,6	-5,1	13,3	1,5	10,7	5,4	11,6	2,7	17,7	-2,4	18,1	-2,1
-59	32,2	1,2	13,4	0,4	7,7	2,6	7,5	-0,7	24,7	-3,9	14,5	0,4
+60	37,1	-1,4	19,6	-1,9	4,5	1,6	4,1	-0,2	24,6	-2,5	10,1	4,4
Männer	28,5	-5,2	15,3	0,6	9,5	4,4	7,4	1,4	23,9	-2,6	15,4	1,4
<30	22,1	-8,9	13,7	4,1	12,6	4,3	9,1	-0,9	14,2	-4,8	28,3	6,2
-44	30,1	-5,4	10,4	-0,3	12,1	5,8	11,5	3,4	17,5	-5,2	18,4	1,7
-59	29,9	-4,8	13,6	0,1	10,9	6,9	7,4	1,8	25,4	-1,6	12,8	-2,4
+60	29,5	-2,4	22,0	-0,3	4,1	0,8	3,2	0,8	33,0	-1,1	8,2	2,2
Bildung												
Volksschule	38,3	-4,5	20,3	-0,1	5,8	2,1	2,6	-0,2	20,3	-0,4	12,7	3,1
Realschule	30,5	-4,8	14,3	0,2	9,7	5,2	5,2	1,5	21,0	-1,7	19,3	-0,4
Abitur	27,6	0,3	15,6	-0,5	9,2	3,2	10,1	-3,0	21,7	-4,5	15,8	4,5
Fachhoch./Uni	24,0	-2,7	14,7	0,8	8,3	2,9	12,8	0,8	30,0	-3,9	10,2	2,1
ohne	31,2	-18,2	19,0	-0,1	8,4	5,6	1,1	-5,9	15,0	-1,9	25,3	20,5
Berufsgruppe												
Arbeiter	31,4	-4,2	16,7	1,3	8,2	4,8	4,0	0,1	22,3	-3,1	17,4	1,1
Angestellte	28,6	-0,8	15,6	-1,7	7,5	3,1	8,8	1,0	25,4	-2,0	14,1	0,4
Beamte	29,4	-1,2	15,9	4,9	9,3	3,5	7,3	-3,2	28,0	-7,1	10,1	3,1
Selbständige	33,8	-16,5	9,3	0,9	15,7	7,7	11,5	1,4	15,7	3,0	14,0	3,5
Landwirte	43,2	-9,8	16,0	3,1	7,1	2,3	2,3	1,3	18,1	-5,2	13,3	8,3

Europawahl in Deutschland 2009
 Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		Die Linke		Andere	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Endergebnis	30,2	-4,0	15,9	0,3	8,4	3,7	7,3	0,7	23,2	-2,0	15,0	1,3
Erwerbsstatus												
Tätigkeit	30,4	-5,7	13,0	0,4	10,8	5,4	9,3	1,5	20,0	-1,8	16,5	0,2
Rentner	32,6	-2,2	20,8	-1,3	4,2	1,1	3,3	-0,1	29,3	-1,0	9,8	3,5
Arbeitslose	21,1	-3,2	13,5	1,5	8,3	3,7	3,8	-1,9	29,5	-3,2	23,8	3,1
in Ausbildung	18,6	-6,8	19,0	3,8	10,7	4,1	13,5	-2,8	15,5	-4,9	22,7	6,6
Gewerkschaft												
Mitglieder	24,8	0,1	19,9	3,2	4,8	0,9	6,1	-0,3	31,2	-4,8	13,2	0,9
Nicht-Mitglieder	30,3	-4,7	14,7	-0,4	9,5	4,6	7,7	0,4	21,8	-1,7	16,0	1,8
Konfession												
Katholisch	48,4	-1,9	13,4	-2,2	6,5	0,7	10,9	4,0	10,7	-0,7	10,1	0,1
Evangelisch	41,4	-8,5	16,1	-0,3	8,7	4,2	8,2	0,6	12,8	0,1	12,8	3,9
Andere/keine	23,2	-1,1	15,7	0,2	8,8	4,0	6,7	0,4	28,7	-4,6	16,9	1,1

Wählerstromkonten Europawahl Deutschland 2009

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung im Auftrag der ARD

Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009
Wählerwanderung EUW 2009 – BTW 2005

	Wählerstromkonto CDU/CSU		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	750.000	200.000	550.000
GRÜNE	130.000	160.000	-30.000
LINKE	90.000	50.000	40.000
FDP	550.000	710.000	-160.000
Andere	60.000	410.000	350.000
Summe über Parteien	1.580.000	1.530.000	50.000
Nichtwähler	300.000	6.310.000	-6.010.000
Erstwähler/Verstorbene	280.000	990.000	-710.000
Zu-/Fortgezogene	70.000	0	70.000
Wählerströme insg.	2.230.000	8.830.000	-6.600.000
Wählerstamm	7.810.000	7.810.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	10.040.000	16.640.000	-6.600.000

	Wählerstromkonto SPD		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	200.000	750.000	-550.000
GRÜNE	180.000	830.000	-650.000
LINKE	110.000	310.000	-200.000
FDP	60.000	390.000	-330.000
Andere	30.000	590.000	-560.000
Summe über Parteien	580.000	2.870.000	-2.290.000
Nichtwähler	110.000	7.990.000	-7.880.000
Erstwähler/Verstorbene	240.000	800.000	-560.000
Zu-/Fortgezogene	40.000	0	40.000
Wählerströme insg.	970.000	11.660.000	-10.960.000
Wählerstamm	4.530.000	4.530.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	5.500.000	16.190.000	-10.690.000

Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009
Wählerwanderung EUW 2009 – BTW 2005

Wählerstromkonto GRÜNE			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	160.000	130.000	30.000
SPD	830.000	180.000	650.000
LINKE	130.000	90.000	40.000
FDP	40.000	60.000	-20.000
Andere	20.000	290.000	-270.000
Summe über Parteien	1.180.000	750.000	430.000
Nichtwähler	60.000	1.220.000	-1.160.000
Erstwähler/Verstorbene	190.000	110.000	80.000
Zu-/Fortgezogene	20.000	0	20.000
Wählerströme insg.	1.450.000	2.080.000	-630.000
Wählerstamm	1.760.000	1.760.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	3.210.000	3.840.000	-630.000

Wählerstromkonto Linke			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	50.000	90.000	-40.000
SPD	310.000	110.000	200.000
GRÜNE	90.000	130.000	-40.000
FDP	30.000	20.000	10.000
Andere	20.000	250.000	-230.000
Summe über Parteien	500.000	600.000	-100.000
Nichtwähler	60.000	1.990.000	-1.930.000
Erstwähler/Verstorbene	60.000	180.000	-120.000
Zu-/Fortgezogene	10.000	0	10.000
Wählerströme insg.	630.000	2.770.000	-2.140.000
Wählerstamm	1.340.000	1.340.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	1.970.000	4.110.000	-2.140.000

Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009
Wählerwanderung EUW 2009 – BTW 2005

Wählerstromkonto FDP			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	710.000	550.000	160.000
SPD	390.000	60.000	330.000
GRÜNE	60.000	40.000	20.000
LINKE	20.000	30.000	-10.000
Andere	30.000	260.000	-230.000
Summe über Parteien	1.210.000	940.000	270.000
Nichtwähler	80.000	2.000.000	-1.920.000
Erstwähler/Verstorbene	110.000	210.000	-100.000
Zu-/Fortgezogene	10.000	0	10.000
Wählerströme insg.	1.410.000	3.150.000	-1.740.000
Wählerstamm	1.490.000	1.490.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	2.900.000	4.640.000	-1.740.000

Wählerstromkonto Andere			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	410.000	60.000	350.000
SPD	590.000	30.000	560.000
GRÜNE	290.000	20.000	270.000
LINKE	250.000	20.000	230.000
FDP	260.000	30.000	230.000
Summe über Parteien	1.800.000	160.000	1.640.000
Nichtwähler	170.000	930.000	-760.000
Erstwähler/Verstorbene	150.000	60.000	90.000
Zu-/Fortgezogene	30.000	0	30.000
Wählerströme insg.	2.150.000	1.150.000	1.000.000
Wählerstamm	710.000	710.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	2.860.000	1.860.000	1.000.000

Wählerstromkonten Europawahl Westdeutschland 2009

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung im Auftrag der ARD

Europawahl in Westdeutschland am 7. Juni 2009
Wählerwanderung EUW 2009 – BTW 2005

	Wählerstromkonto CDU/CSU		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	570.000	160.000	410.000
GRÜNE	100.000	150.000	-50.000
LINKE	30.000	20.000	10.000
FDP	460.000	610.000	-150.000
Andere	50.000	330.000	-280.000
Summe über Parteien	1.210.000	1.270.000	-60.000
Nichtwähler	220.000	5.320.000	-5.100.000
Erstwähler/Verstorbene	240.000	850.000	-610.000
Zu-/Fortgezogene	60.000	0	60.000
Wählerströme insg.	1.730.000	7.440.000	-5.710.000
Wählerstamm	6.670.000	6.670.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	8.400.000	14.110.000	-5.710.000

	Wählerstromkonto SPD		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	160.000	570.000	-410.000
GRÜNE	160.000	690.000	-530.000
LINKE	80.000	170.000	-90.000
FDP	50.000	340.000	-290.000
Andere	20.000	470.000	-450.000
Summe über Parteien	470.000	2.240.000	-1.770.000
Nichtwähler	100.000	6.450.000	-6.350.000
Erstwähler/Verstorbene	200.000	640.000	-440.000
Zu-/Fortgezogene	40.000	0	40.000
Wählerströme insg.	810.000	9.330.000	-8.520.000
Wählerstamm	3.810.000	3.810.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	4.620.000	13.140.000	-8.520.000

Europawahl in Westdeutschland am 7. Juni 2009
Wählerwanderung EUW 2009 – BTW 2005

Wählerstromkonto GRÜNE			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	150.000	100.000	50.000
SPD	690.000	160.000	530.000
LINKE	110.000	70.000	40.000
FDP	30.000	50.000	-20.000
Andere	20.000	250.000	-230.000
Summe über Parteien	1.000.000	630.000	370.000
Nichtwähler	50.000	1.010.000	-960.000
Erstwähler/Verstorbene	170.000	90.000	80.000
Zu-/Fortgezogene	20.000	0	20.000
Wählerströme insg.	1.240.000	1.730.000	-490.000
Wählerstamm	1.490.000	1.490.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	2.730.000	3.220.000	-490.000

Wählerstromkonto Linke			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	20.000	30.000	-10.000
SPD	170.000	80.000	90.000
GRÜNE	70.000	110.000	-40.000
FDP	10.000	20.000	-10.000
Andere	10.000	170.000	-160.000
Summe über Parteien	280.000	410.000	-130.000
Nichtwähler	20.000	860.000	-840.000
Erstwähler/Verstorbene	30.000	70.000	-40.000
Zu-/Fortgezogene	10.000	0	10.000
Wählerströme insg.	340.000	1.340.000	-1.000.000
Wählerstamm	470.000	470.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	810.000	1.810.000	-1.000.000

Europawahl in Westdeutschland am 7. Juni 2009
Wählerwanderung EUW 2009 – BTW 2005

Wählerstromkonto FDP			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	610.000	460.000	150.000
SPD	340.000	50.000	290.000
GRÜNE	50.000	30.000	20.000
LINKE	20.000	10.000	10.000
Andere	20.000	180.000	-160.000
Summe über Parteien	1.040.000	730.000	310.000
Nichtwähler	70.000	1.700.000	-1.630.000
Erstwähler/Verstorbene	90.000	180.000	-90.000
Zu-/Fortgezogene	10.000	0	10.000
Wählerströme insg.	1.210.000	2.610.000	-1.400.000
Wählerstamm	1.220.000	1.220.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	2.430.000	3.830.000	-1.400.000

Wählerstromkonto Andere			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	330.000	50.000	280.000
SPD	470.000	20.000	450.000
GRÜNE	250.000	20.000	230.000
LINKE	170.000	10.000	160.000
FDP	180.000	20.000	160.000
Summe über Parteien	1.400.000	120.000	1.280.000
Nichtwähler	120.000	720.000	-600.000
Erstwähler/Verstorbene	110.000	40.000	70.000
Zu-/Fortgezogene	30.000	0	30.000
Wählerströme insg.	1.660.000	880.000	780.000
Wählerstamm	420.000	420.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	2.080.000	1.300.000	780.000

Wählerstromkonten Europawahl Ostdeutschland 2009

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung im Auftrag der ARD

Europawahl in Ostdeutschland am 7. Juni 2009
Wählerwanderung EUW 2009 – BTW 2005

	Wählerstromkonto CDU/CSU		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	180.000	40.000	140.000
GRÜNE	30.000	10.000	20.000
LINKE	60.000	30.000	30.000
FDP	90.000	100.000	-10.000
Andere	10.000	80.000	-70.000
Summe über Parteien	370.000	260.000	110.000
Nichtwähler	80.000	990.000	-910.000
Erstwähler/Verstorbene	40.000	140.000	-100.000
Zu-/Fortgezogene	10.000	0	10.000
Wählerströme insg.	500.000	1.390.000	-890.000
Wählerstamm	1.140.000	1.140.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	1.640.000	2.530.000	-890.000

	Wählerstromkonto SPD		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	40.000	180.000	-140.000
GRÜNE	20.000	140.000	-120.000
LINKE	30.000	140.000	-110.000
FDP	10.000	50.000	-40.000
Andere	10.000	120.000	-110.000
Summe über Parteien	110.000	630.000	-520.000
Nichtwähler	10.000	1.540.000	-1.530.000
Erstwähler/Verstorbene	40.000	160.000	-120.000
Zu-/Fortgezogene	0	0	0
Wählerströme insg.	160.000	2.330.000	-2.170.000
Wählerstamm	720.000	720.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	880.000	3.050.000	-2.170.000

Europawahl in Ostdeutschland am 7. Juni 2009
Wählerwanderung EUW 2009 – BTW 2005

Wählerstromkonto GRÜNE			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	10.000	30.000	-20.000
SPD	140.000	20.000	120.000
LINKE	20.000	20.000	0
FDP	10.000	10.000	0
Andere	0	40.000	-40.000
Summe über Parteien	180.000	120.000	60.000
Nichtwähler	10.000	210.000	-200.000
Erstwähler/Verstorbene	20.000	20.000	0
Zu-/Fortgezogene	0	0	0
Wählerströme insg.	210.000	350.000	-140.000
Wählerstamm	270.000	270.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	480.000	620.000	-140.000

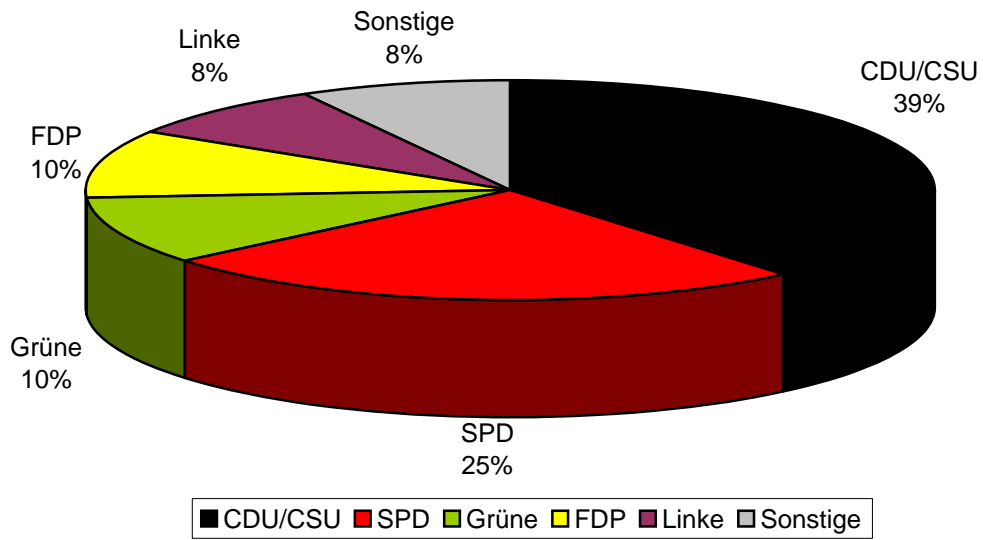
Wählerstromkonto Linke			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	30.000	60.000	-30.000
SPD	140.000	30.000	110.000
GRÜNE	20.000	20.000	0
FDP	20.000	0	20.000
Andere	10.000	80.000	-70.000
Summe über Parteien	220.000	190.000	30.000
Nichtwähler	40.000	1.130.000	-1.090.000
Erstwähler/Verstorbene	30.000	110.000	-80.000
Zu-/Fortgezogene	0	0	0
Wählerströme insg.	290.000	1.430.000	-1.140.000
Wählerstamm	870.000	870.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	1.160.000	2.300.000	-1.140.000

Europawahl in Ostdeutschland am 7. Juni 2009
Wählerwanderung EUW 2009 – BTW 2005

Wählerstromkonto FDP			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	100.000	90.000	10.000
SPD	50.000	10.000	40.000
GRÜNE	10.000	10.000	0
LINKE	0	20.000	-20.000
Andere	10.000	80.000	-70.000
Summe über Parteien	170.000	210.000	-40.000
Nichtwähler	10.000	300.000	-290.000
Erstwähler/Verstorbene	20.000	30.000	-10.000
Zu-/Fortgezogene	0	0	0
Wählerströme insg.	200.000	540.000	-340.000
Wählerstamm	270.000	270.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	470.000	810.000	-340.000

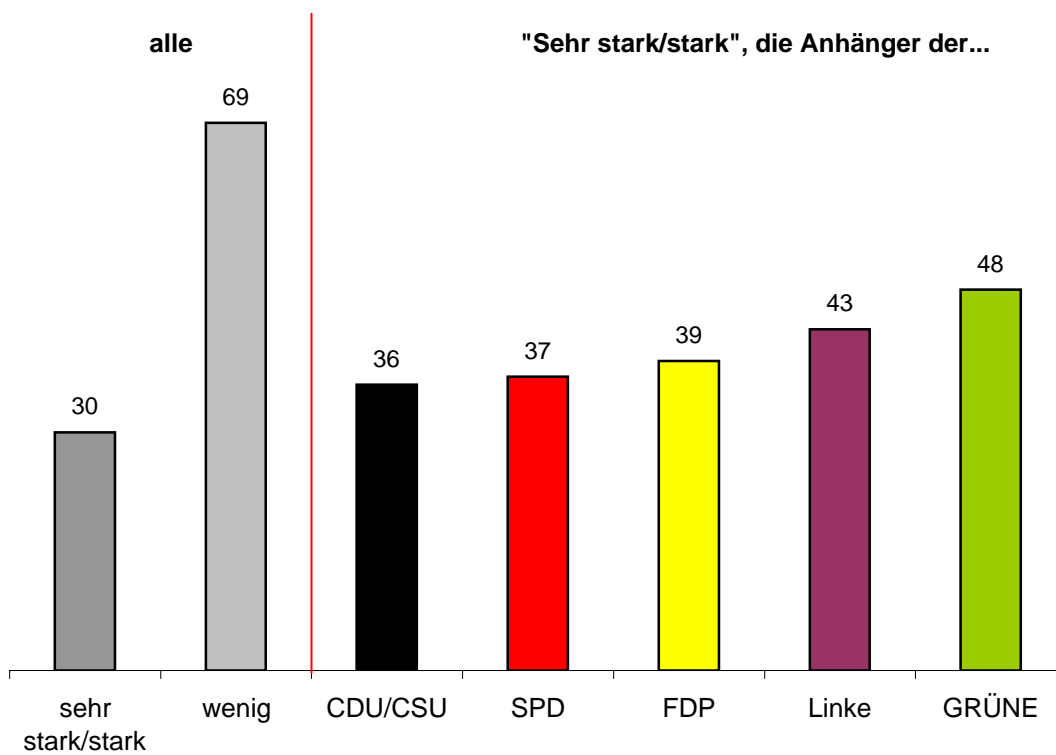
Wählerstromkonto Andere			
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU/CSU	80.000	10.000	70.000
SPD	120.000	10.000	110.000
GRÜNE	40.000	0	40.000
LINKE	80.000	10.000	70.000
FDP	80.000	10.000	70.000
Summe über Parteien	400.000	40.000	360.000
Nichtwähler	50.000	210.000	-160.000
Erstwähler/Verstorbene	40.000	20.000	20.000
Zu-/Fortgezogene	0	0	0
Wählerströme insg.	490.000	270.000	220.000
Wählerstamm	290.000	290.000	
Wählerstimmen 2009 u. 2005	780.000	560.000	220.000

Wenn am nächsten Sonntag wirklich Europawahl wäre...



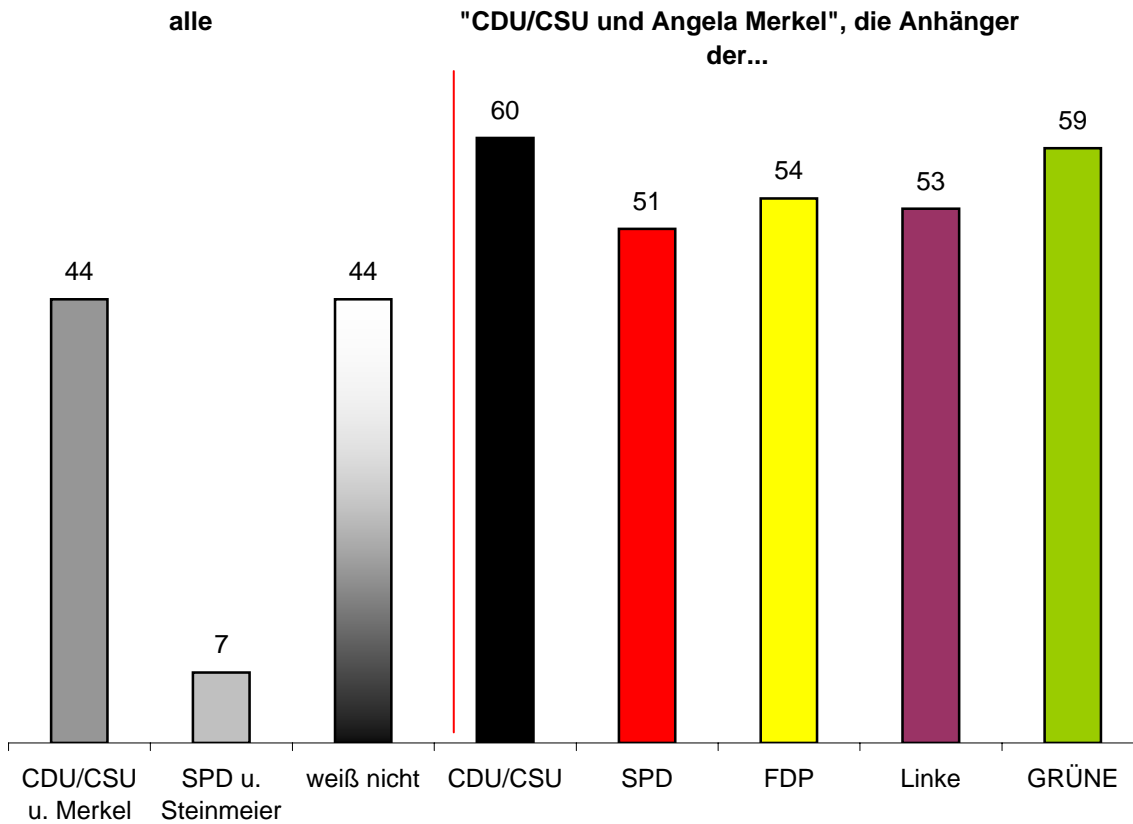
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra Europawahl KW 22/2009

Interesse an der Europawahl



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra Europawahl KW 22/2009

Wer wird die Europawahl in Deutschland gewinnen?



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra Europawahl KW 22/2009

Wichtiger für die Wahlentscheidung ist...

	Bundespolitik	Europa-politik	weiß nicht
alle	60%	35%	5%
CDU/CSU-Anhänger	65%	28%	7%
SPD-Anhänger	67%	30%	3%
FDP-Anhänger	46%	51%	3%
Linke-Anhänger	59%	36%	5%
Grüne-Anhänger	40%	56%	4%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra Europawahl KW 22/2009

Ausreichend informiert über die EU?

	ja	nein	weiß nicht
alle	41%	54%	5%
Westdeutsche	40%	56%	4%
Ostdeutsche	48%	46%	6%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra Europawahl KW 22/2009

Der Einfluss der EU auf Entscheidung in Deutschland ist...

	zu groß	gerade richtig	zu gering	weiß nicht
alle	33%	30%	21%	16%
CDU/CSU-Anhänger	32%	35%	20%	13%
SPD-Anhänger	25%	49%	16%	10%
FDP-Anhänger	45%	27%	22%	6%
Linke-Anhänger	40%	27%	22%	11%
Grüne-Anhänger	26%	50%	19%	5%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra Europawahl KW 22/2009

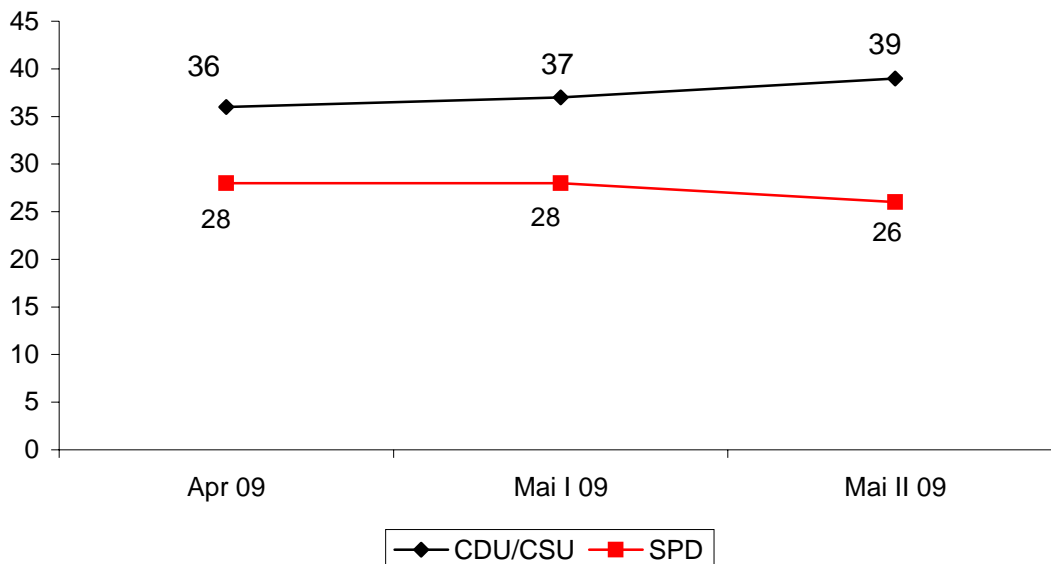
Das Tempo der europäischen Einigung ist...

	zu schnell	gerade richtig	zu langsam	weiß nicht
alle	37%	41%	11%	11%
CDU/CSU-Anhänger	35%	46%	11%	8%
SPD-Anhänger	35%	45%	13%	7%
FDP-Anhänger	53%	33%	10%	4%
Linke-Anhänger	52%	38%	5%	5%
Grüne-Anhänger	26%	53%	18%	3%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra Europawahl KW 22/2009

Sonntagsfrage Europawahl Teil I

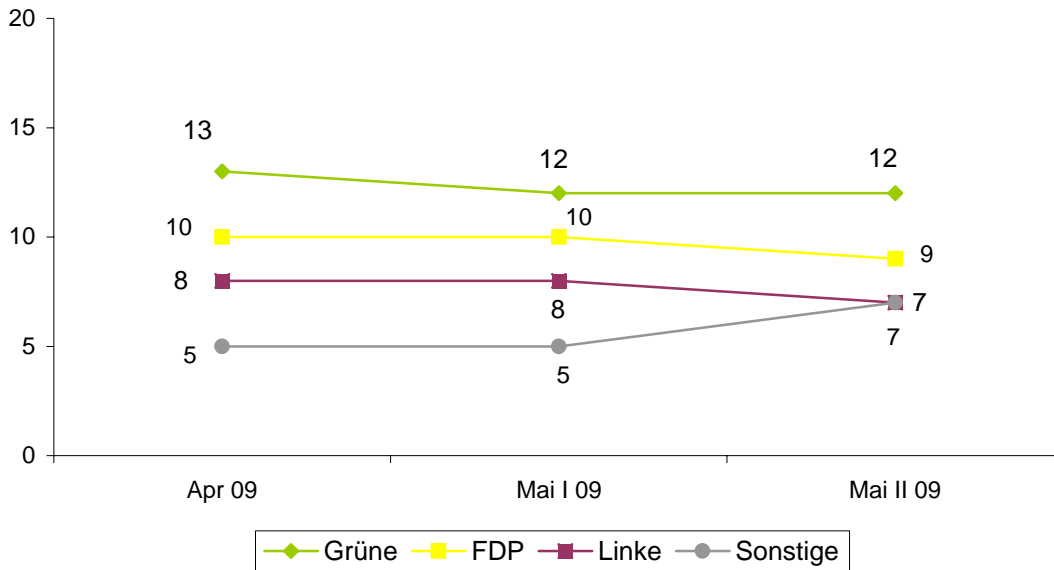
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Europawahl wäre?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai II 2009

Sonntagsfrage Europawahl Teil I

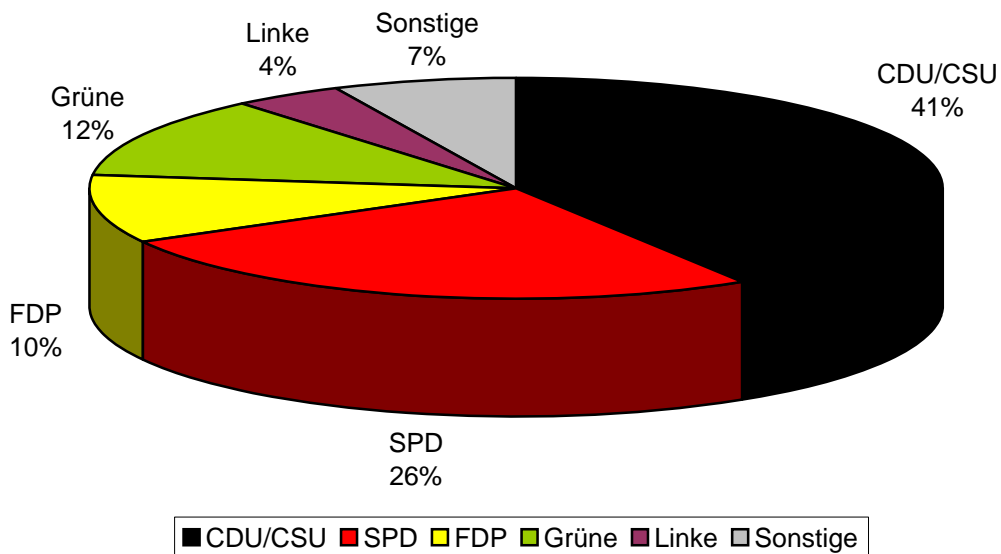
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Europawahl wäre?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai II 2009

Sonntagsfrage Europa West

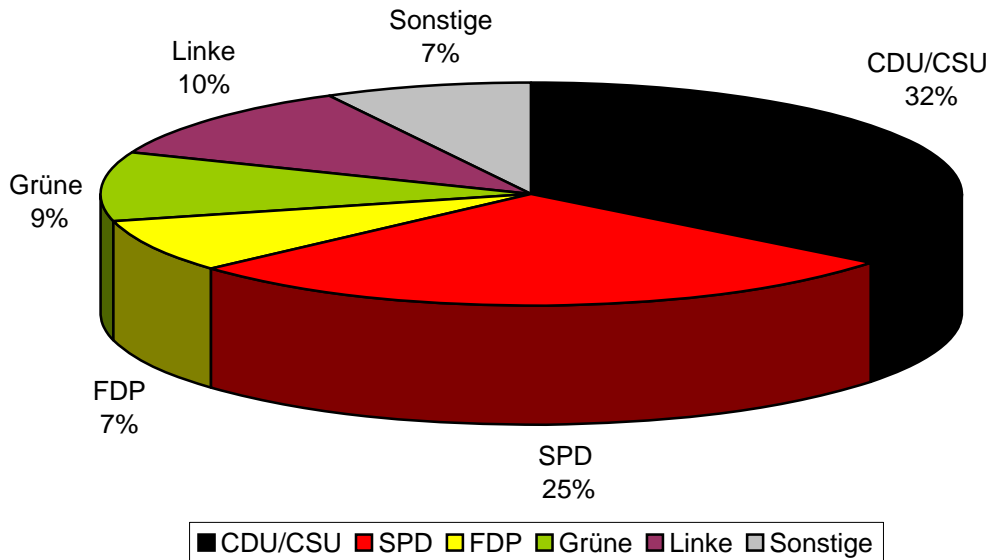
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Europawahl wäre?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in West-Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai II 2009

Sonntagsfrage Europa Ost

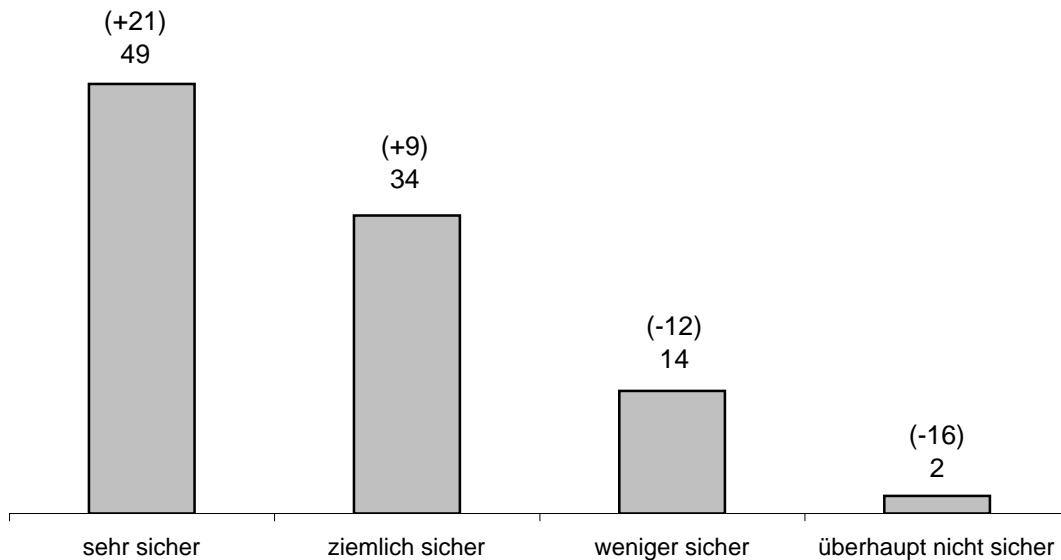
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Europawahl wäre?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Ost-Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai II 2009

Sicherheit der Wahlentscheidung

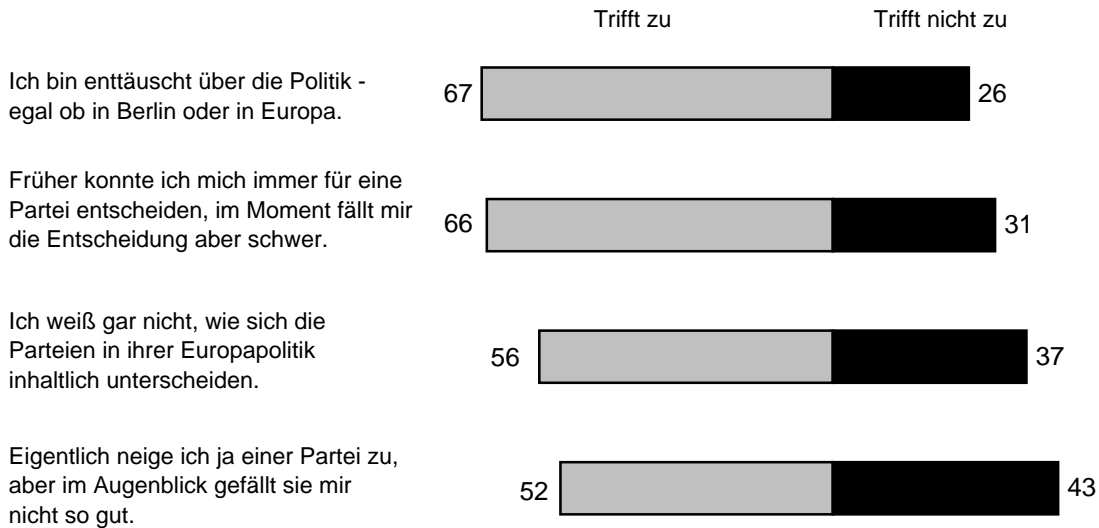
Parteiwähler: Und wie sicher sind Sie sich schon jetzt, welcher Partei Sie bei der Europawahl im Juni Ihre Stimme geben werden? Sind Sie sich...



Angaben in Klammern: Vgl. zu ARD-DeutschlandTREND Mai 2009
 Werde nicht wählen/weiß nicht: 1 (-2)
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai II 2009

Gründe der Nichtwahl Teil I

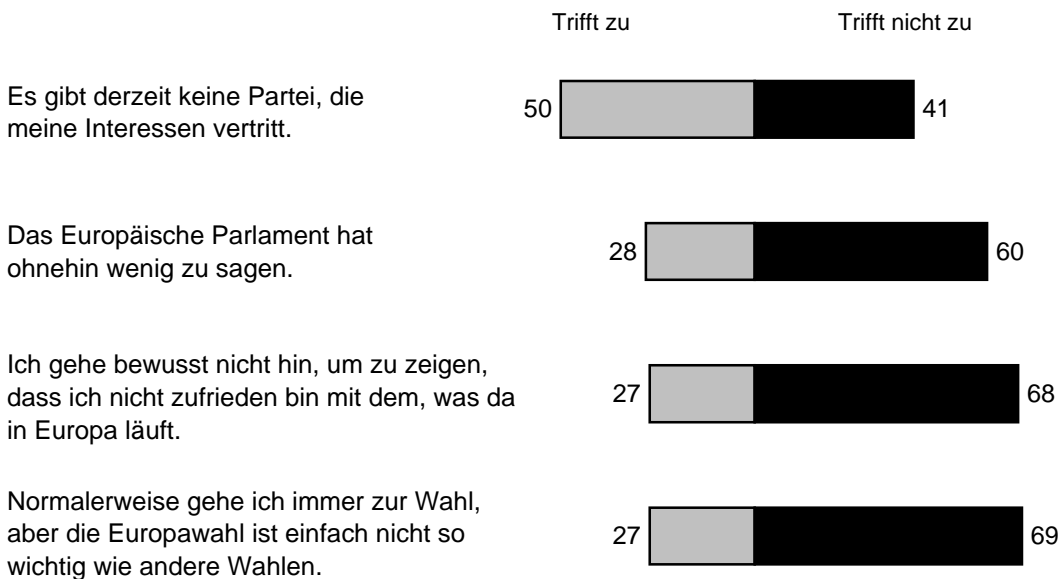
Nichtwähler: Warum würden Sie derzeit keine Partei wählen? Warum können Sie derzeit keine Partei nennen? Ich nenne Ihnen einige mögliche Gründe. Sagen Sie mir bitte zu jedem, ob er auf Sie persönlich eher zutrifft oder her nicht zutrifft.



Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Gründe der Nichtwahl Teil II

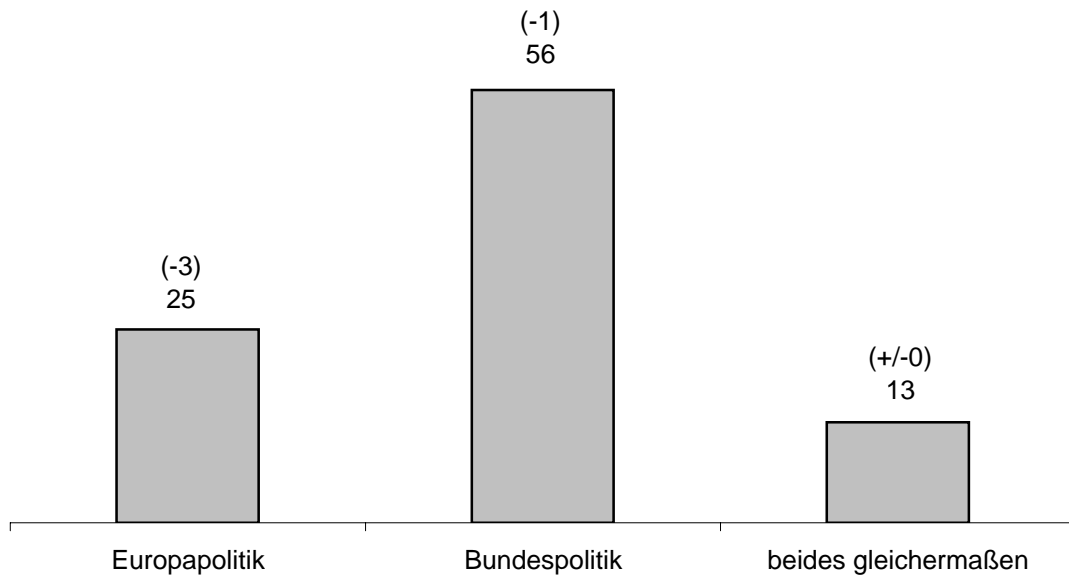
Nichtwähler: Warum würden Sie derzeit keine Partei wählen? Warum können Sie derzeit keine Partei nennen? Ich nenne Ihnen einige mögliche Gründe. Sagen Sie mir bitte zu jedem, ob er auf Sie persönlich eher zutrifft oder her nicht zutrifft.



Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Bedeutung Europa-/Bundespolitik

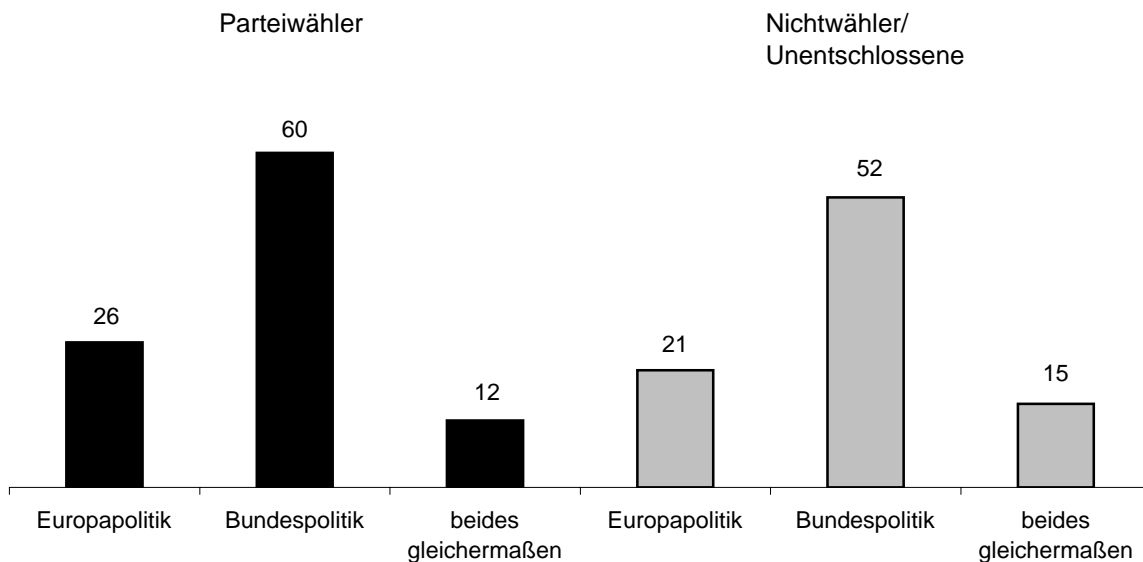
Was spielt bei Ihrer Wahlentscheidung die größere Rolle: die Europapolitik oder die Bundespolitik?



Angaben in Klammern: Vgl. zu Juni 2004
 Weiß nicht/keine Angabe: 6 (+4)
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Bedeutung Europa-/Bundespolitik

Was spielt bei Ihrer Wahlentscheidung die größere Rolle: die Europapolitik oder die Bundespolitik? Was spielt für Ihre Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, die größere Rolle: Die Europapolitik oder die Bundespolitik?

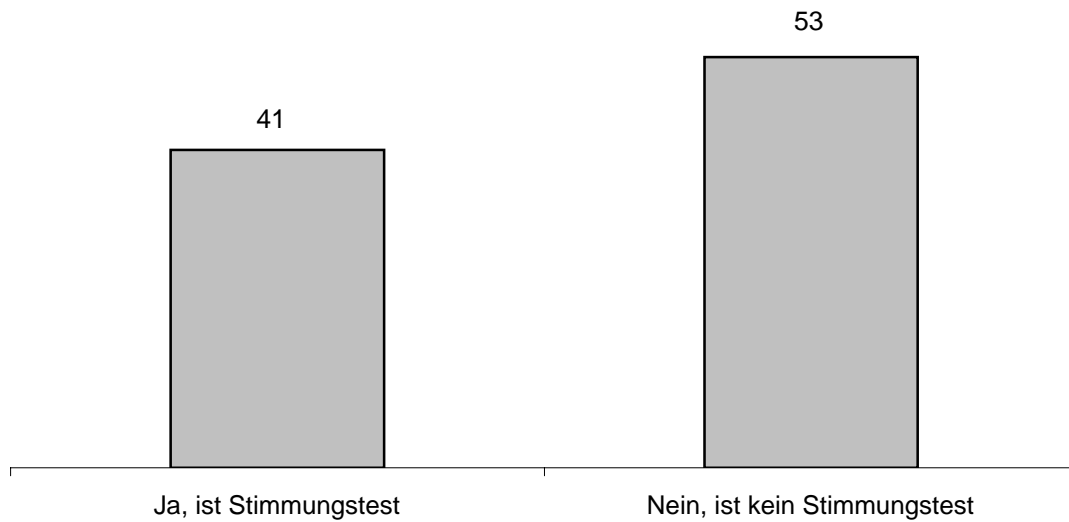


Weiß nicht: 2
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Weiß nicht/keine Angabe: 12

Stimmungstest für Bundestagswahl

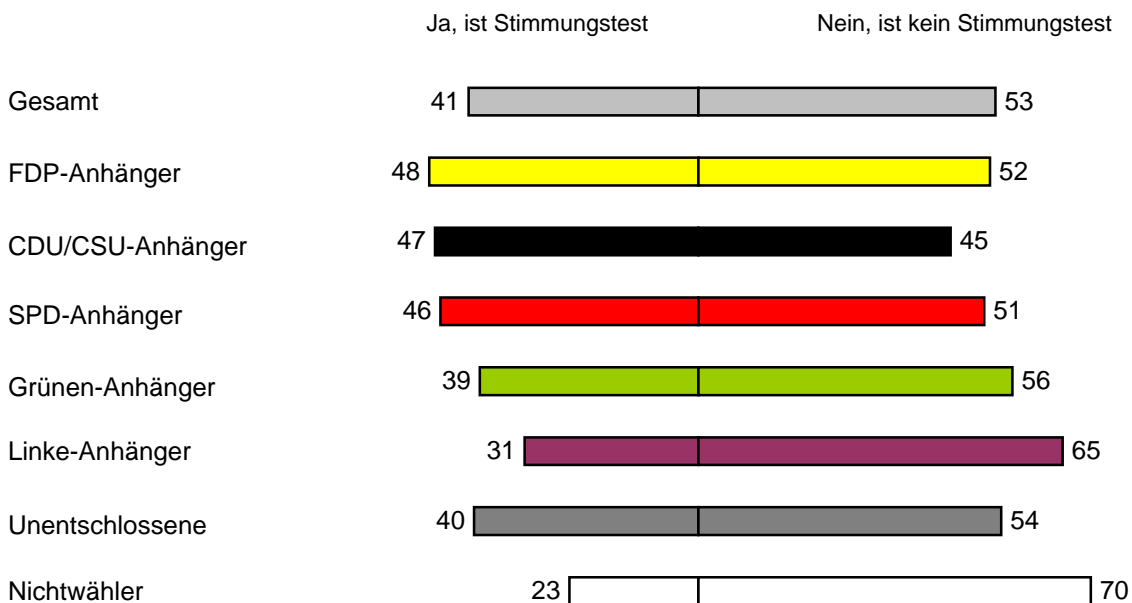
Ist für Sie persönlich die bevorstehende Europawahl ein Stimmungstest im Hinblick auf die Bundestagswahl im Herbst?



Weiß nicht: 6
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Stimmungstest für Bundestagswahl

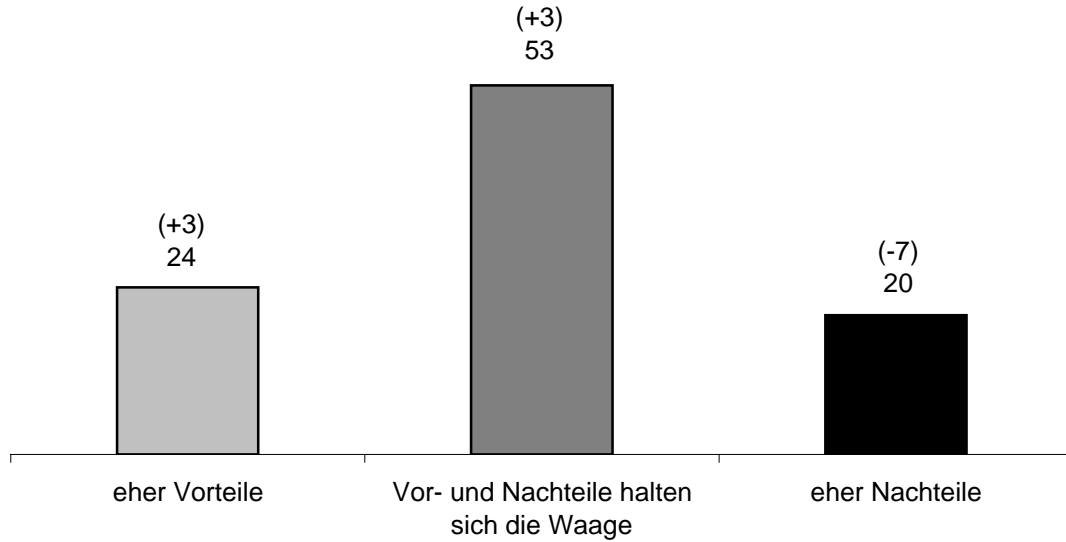
Ist für Sie persönlich die bevorstehende Europawahl ein Stimmungstest im Hinblick auf die Bundestagswahl im Herbst?



Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

EU-Mitgliedschaft

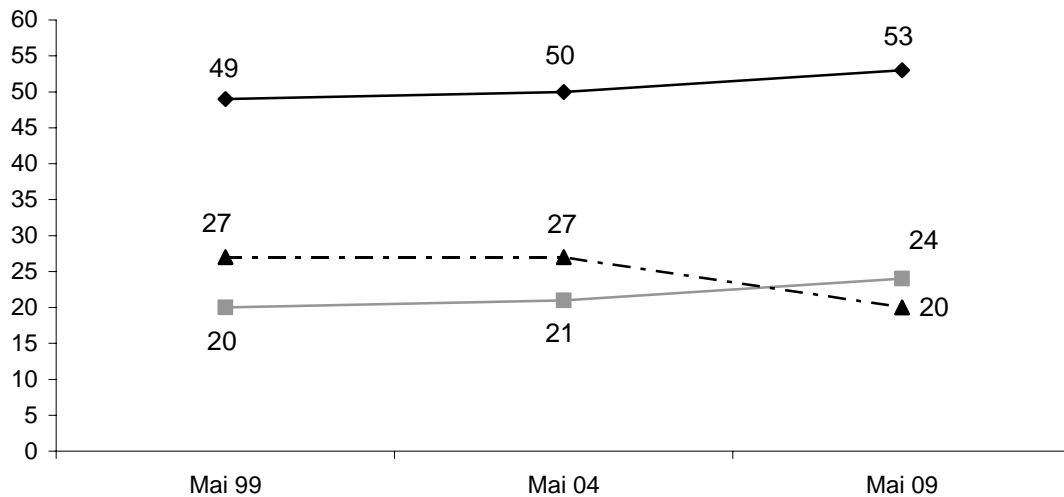
Was meinen Sie: Hat Deutschland insgesamt gesehen von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher Vorteile, eher Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?



Angaben in Klammern: Vgl. zu Juni 2004; weiß nicht: 3 (+1)
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

EU-Mitgliedschaft

Hat Deutschland insgesamt gesehen von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher Vorteile, eher Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?

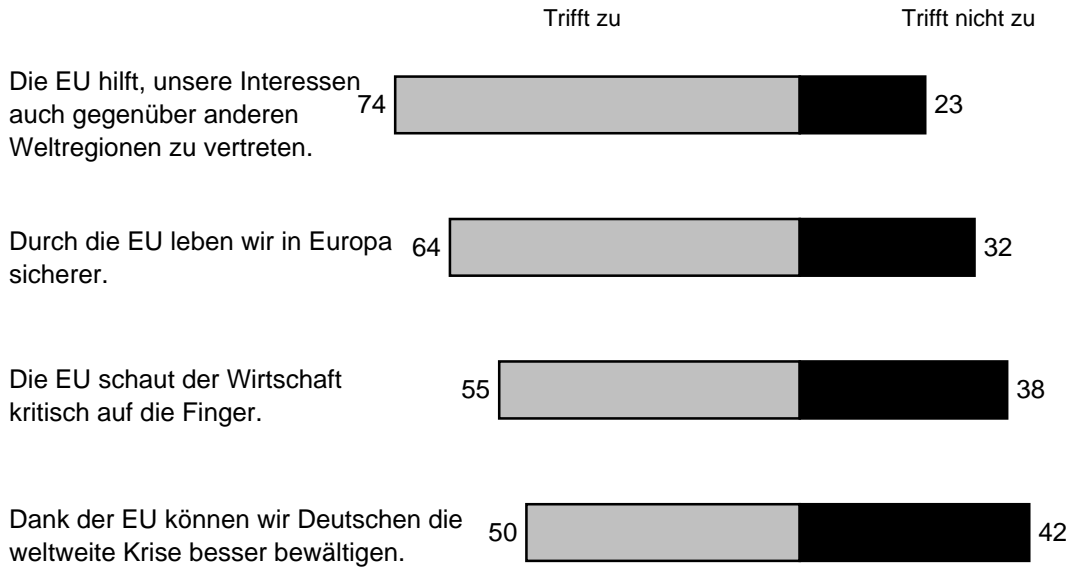


—◆— Vor- und Nachteile halten sich die Waage —■— eher Vorteile -▲- eher Nachteile

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Aussagen zur EU Teil I

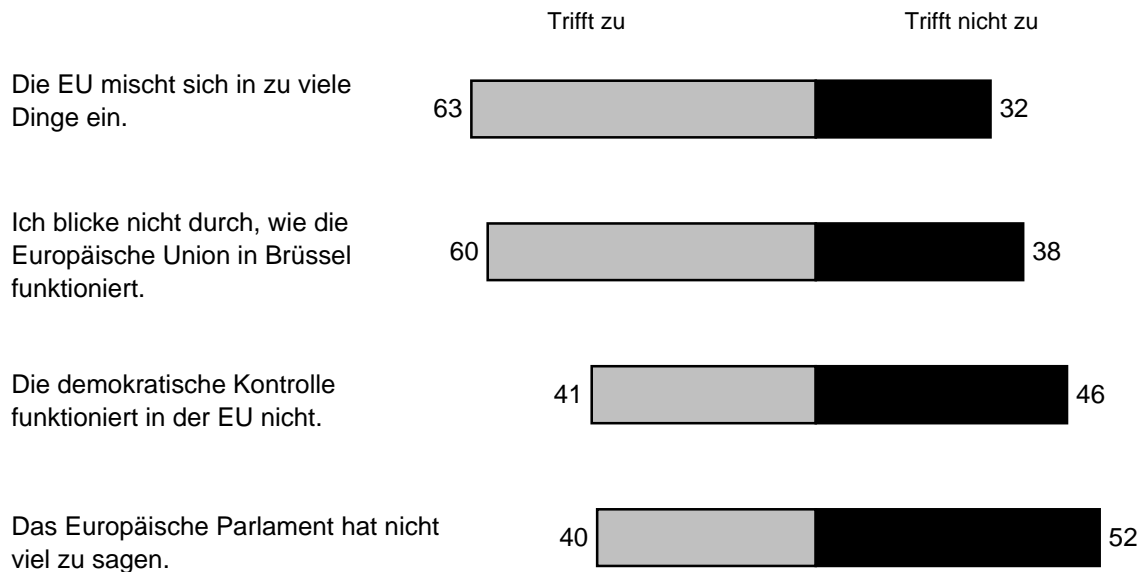
Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen über die Europäische Union. Sagen Sie mir bitte für jede, ob diese zutrifft oder nicht.



Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Aussagen zur EU Teil II

Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen über die Europäische Union. Sagen Sie mir bitte für jede, ob diese zutrifft oder nicht.



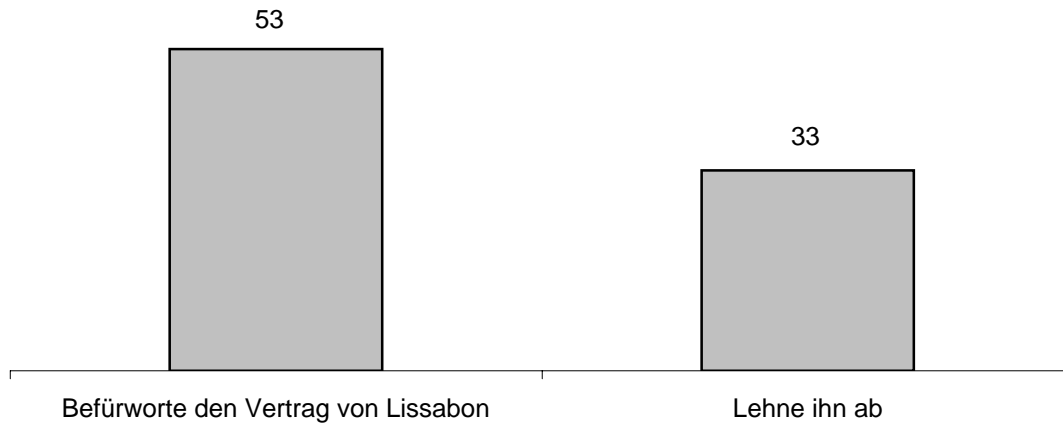
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Vertrag von Lissabon

Mit dem Vertrag von Lissabon will die EU neue Grundlagen für ihre Zusammenarbeit legen.

Unter anderem sollen die Zuständigkeiten des EU-Parlaments erweitert und das Abstimmungsverfahren von Einstimmigkeit auf Mehrheitsentscheidungen umgestellt werden. Befürworter halten den Vertrag für dringend erforderlich, damit die EU handlungsfähig bleibt.

Kritiker sagen, die Zuständigkeiten der EU gingen jetzt schon zu weit. Befürworten Sie den Vertrag oder lehnen Sie ihn ab?



Spontan: ist mir egal/interessiert mich nicht/weiß nicht/keine Angabe: 14
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Wahrscheinlichkeit Wahlteilnahme

An der letzten Europawahl haben mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten aus unterschiedlichen Gründen nicht teilgenommen. Wie ist es bei Ihnen bei der kommenden Wahl am 7. Juni? Werden Sie an der Europawahl...



Fehlende Werte zu 100%: wahrscheinlich teilnehmen/wahrscheinlich bzw. ganz sicher nicht teilnehmen/habe bereits per Brief gewählt/weiß (noch) nicht
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
 Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Parteikompetenzen

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politischen Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen

Höchster Wert farbig unterlegt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Deutschlands Interessen in der Europäischen Union vertreten.	49 (+9)	22 (-10)	4 (+1)	2 (+1)	3 (-3)	19 (+3)
Die europäische Einigung voranbringen.	45 (+10)	22 (-15)	3 (+1)	2 (+/-0)	3 (-2)	23 (+5)
Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen bewältigen.*	41 (-3)	17 (+/-0)	6 (-2)	2 (+1)	2 (+1)	31 (+2)
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben.**	36 (+3)	22 (-4)	10 (-1)	2 (+/-0)	2 (-1)	26 (+3)
Sich in der Krise am ehesten um die Arbeitnehmer kümmern.**	20 (-1)	44 (+2)	6 (-1)	7 (+/-0)	2 (+/-0)	20 (+/-0)
Die wichtigsten Probleme Deutschlands lösen.***	36 (+/-0)	20 (+/-0)	5 (+2)	2 (+1)	4 (-1)	32 (+/-0)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Juni 2004/*Vgl. zu Dezember 2008/**Vgl. zu April 2009

*** 2004: Die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen.

Fehlende Werte zu 100%: andere Partei/keine Angabe

Quelle: Infratest dimap, EuropaTREND Mai 2009

Alphabetisches Verzeichnis der gewählten Bewerber

Vorläufiges Ergebnis der Europawahl 2009

Name, Vorname(n)	Partei	Listenplatz	Land (wenn nicht Bundesliste)	2004 gewählt
Albrecht, Jan Philipp	GRÜNE	12		
Balz, Burkhard	CDU	4	Niedersachsen	
Bisky, Dr. Lothar	DIE LINKE	1		
Böge, Reimer	CDU	1	Schleswig-Holstein	x
Brantner, Franziska Katharina	GRÜNE	11		
Brok, Elmar Heinrich	CDU	1	Nordrhein- Westfalen	x
Bütikofer, Reinhard	GRÜNE	2		
Bullmann, Udo	SPD	8		x
Caspary, Daniel	CDU	2	Baden- Württemberg	x
Chatzimarkakis, Dr. Georgios	FDP	3		x
Cramer, Michael	GRÜNE	6		x
Creutzmann, Jürgen	FDP	10		
Deß, Albert	CSU	5	Bayern	x
Ehler, Dr. Jan Christian	CDU	1	Brandenburg	x
Ernst, Dr. Cornelia	DIE LINKE	5		
Ertug, Ismail	SPD	20		
Ferber, Markus	CSU	1	Bayern	x
Fleckenstein, Knut	SPD	18		
Florenz, Karl-Heinz	CDU	2	Nordrhein- Westfalen	x
Gahler, Michael	CDU	2	Hessen	x
Gebhardt, Evelyne	SPD	2		x
Geier, Jens	SPD	10		
Giegold, Sven	GRÜNE	4		
Glante, Norbert	SPD	21		x
Gräßle, Dr. Ingeborg	CDU	5	Baden- Württemberg	x
Groote, Matthias	SPD	11		x
Häfner, Gerald	GRÜNE	14		
Händel, Thomas	DIE LINKE	4		
Häusling, Martin	GRÜNE	10		
Harms, Rebecca	GRÜNE	1		x
Haug, Jutta	SPD	4		x
Hirsch, Nadja	FDP	9		
Hohlmeier, Monika	CSU	6	Bayern	

Name, Vorname(n)	Partei	Listenplatz	Land (wenn nicht Bundesliste)	2004 gewählt
Jahr, Dr. Dieter Peter	CDU	2	Sachsen	
Jeggle, Elisabeth	CDU	4	Baden- Württemberg	x
Kammerevert, Petra	SPD	14		
Kastler, Martin	CSU	8	Bayern	x
Keller, Franziska Maria	GRÜNE	7		
Klaß, Christa	CDU	3	Rheinland-Pfalz	x
Klinz, Dr. Wolf	FDP	4		x
Klute, Jürgen	DIE LINKE	6		
Koch, Dr. Dieter-L.	CDU	1	Thüringen	x
Koch-Mehrin, Dr. Silvana	FDP	1		x
Krahmer, Holger	FDP	7		x
Krehl, Constanze	SPD	22		x
Kreissl-Dörfler, Wolfgang	SPD	5		x
Kuhn, Werner	CDU	1	Mecklenburg- Vorpommern	
Lambsdorff Graf, Alexander	FDP	2		x
Lange, Bernd	SPD	6		
Langen, Dr. Werner	CDU	1	Rheinland-Pfalz	x
Lechner, Kurt	CDU	2	Rheinland-Pfalz	x
Lehne, Klaus-Heiner	CDU	5	Nordrhein- Westfalen	x
Leinen, Josef	SPD	16		x
Liese, Dr. Hans-Peter	CDU	4	Nordrhein- Westfalen	x
Lochbihler, Barbara Elisabeth	GRÜNE	5		
Lösing, Sabine	DIE LINKE	7		
Mann, Thomas	CDU	1	Hessen	x
Mayer, Prof. Dr. Hans-Peter	CDU	3	Niedersachsen	x
Meißner, Gesine	FDP	5		
Neuser, Norbert	SPD	23		
Niebler, Dr. Angelika	CSU	2	Bayern	x
Pack, Doris	CDU	1	Saarland	x
Pickart Alvaro, Alexander	FDP	6		x
Pieper, Dr. Markus	CDU	7	Nordrhein- Westfalen	x
Pöttering, Prof. Dr. Hans-Gert	CDU	1	Niedersachsen	x
Posselt, Bernd	CSU	7	Bayern	x
Quisthoudt-Rowohl, Dr. Godelieve	CDU	2	Niedersachsen	x
Rapkay, Bernhard	SPD	3		x
Reichenbach (Roth-Behrendt), Dagmar	SPD	9		x

Name, Vorname(n)	Partei	Listenplatz	Land (wenn nicht Bundesliste)	2004 gewählt
Reimers, Britta	FDP	12		
Reul, Herbert Otto	CDU	9	Nordrhein- Westfalen	x
Rodust, Ulrike	SPD	12		x
Rühle, Heidemarie-Rose	GRÜNE	3		x
Schnellhardt, Dr. Kurt Oswald Horst	CDU	1	Sachsen-Anhalt	x
Schnieber-Jastram, Birgit	CDU	1	Hamburg	
Scholz, Helmut	DIE LINKE	8		
Schroedter, Elisabeth	GRÜNE	13		x
Schulz, Martin	SPD	1		x
Schulz, Werner Gustav	GRÜNE	8		
Schwab, Dr. Andeas	CDU	3	Baden- Württemberg	x
Simon, Peter	SPD	13		
Sippel, Birgit	SPD	19		
Sommer, Dr. Renate Thekla Walburga Maria	CDU	3	Nordrhein- Westfalen	x
Steinruck, Jutta	SPD	7		
Thein, Alexandra	FDP	11		
Theurer, Michael	FDP	8		
Trüpel, Dr. Helga	GRÜNE	9		x
Ulmer, Dr. Thomas	CDU	6	Baden- Württemberg	x
Verheyen, Sabine	CDU	6	Nordrhein- Westfalen	
Voß, Axel	CDU	8	Nordrhein- Westfalen	
Weber, Manfred	CSU	4	Bayern	x
Weiler, Barbara	SPD	17		x
Weisgerber, Dr. Anja	CSU	3	Bayern	x
Westphal, Kerstin	SPD	15		
Wieland, Rainer	CDU	1	Baden- Württemberg	x
Wils, Sabine	DIE LINKE	2		
Winkler, Hermann	CDU	1	Sachsen	
Zeller, Joachim	CDU	1	Berlin	
Zimmer, Gabriele	DIE LINKE	3		x